Mittwoch, 6. Februar. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 10792.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1878.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 6. Febr. Im Unterhaus wurde die Debatte über die Creditforderung fortgesetzt, schließlich jedoch abermals bis Donnerstag vertagt. Im Laufe der Debatte bekämpfte Harcourt die Creditvorlage und die gestrige kriegerische Rede des Kriegsministers; er hob hervor, die Entsendung der britischen Flotte nach den Dardanellen habe das Mißtrauen eher hervorgerufen. Der Abschluß des Waffenstillstandes habe alle Besorgnisse beseitigt. Man solle Rußland und die Türkei ihre Sonderinteressen allein regeln lassen, auf der Conferenz werde Europa die Fragen behandeln. Harcourt verlangt Aufschluß über die Ziele der Regierungspolitik und erklärt, wenn die Regierung vor dem Schluß der Debatte erkläre, daß sie eine friedliche Politik befolge, werde das Votum des Hauses einstimmig sein.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Berlin, 5. Febr., Abends. In der Abendsitzung des Abgeordnetenhauses stellte der Abg. Hänel die Frage, welche Entschließung die Staatsregierung hinsichtlich des Schlusses oder der Vertagung der Landtagssession gefaßt habe. Der Minister Dr. Friedenthal erwiderte: „Ich kann zunächst versichern, daß ich die an mich gestellte Anfrage für nichts weniger als einen Akt der Opposition oder unberechtigter Neugierde ansehe; sondern ich weiß, mit welchem Recht das Haus wünschen muß, die bezügliche Auskunft zu erhalten. Ich kann aber nur erwidern, was den Thatsachen entspricht. Die Thatsachen sind die, daß das Staatsministerium heute eingehend über die Angelegenheit berathen hat, daß es mit seinen Berathungen aber noch nicht zu einem definitiven Abschluß gelangt ist, weil für die endgiltige Entschließung des Staatsministeriums thatsächliche Voraussetzungen nothwendig waren, die in diesem Augenblicke noch nicht festgestellt sind, die aber morgen im Laufe des Vormittags zur Feststellung kommen werden. Das Staatsministerium wird morgen in Berathung treten und seine Entschließung wird nach diesen thatsächlichen Voraussetzungen erfolgen."

Wien, 5. Febr. Der Club der Linken hat beschlossen, die Verhandlungen der heutigen Abendsitzung geheim zu halten.

Der „Polit. Corresp." wird aus Bukarest vom heutigen Tage gemeldet, General Ignatieff habe Rumänien die Dobrudscha bis Küstendsche bei Belassung der Kilia- und Donaumündungen im rumänischen Staatsverbande als Entschädigung für das an Rußland zu überlassende Stück von Bessarabien angeboten.

Wien, 5 Februar. Der „Polit. Corresp." wird aus Athen von heute telegraphirt: Die Ankunft der türkischen Flotte unter Hobart Pascha wird signalisirt. In Athen wie im ganzen Lande herrscht große Bestürzung. Trotz der Erklärung des Ministers des Aeußern an den türkischen Gesandten Photiades Bey, daß der Einmarsch der griechischen Truppen in Thessalien nur erfolgte, um Greuelthaten zu verhindern, qualifizirte Photiades das Vorgehen der griechischen Regierung als eine Kriegserklärung und erbat behufs seiner Abreise telegraphisch in Konstantinopel die Absendung von Schiffen. Die Regierung soll die Intervention der Schutzmächte anzurufen beabsichtigen.

Rom, 5. Febr. Wie der „Osservat. Romano" wissen will, würde die italienische Regierung die Einladung Oesterreichs zur Conferenz in Wien ebenfalls annehmen, wie dies demselben Blatte zufolge auch von den Cabineten in Paris und London bereits geschehen sei.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 5. Februar.

Vor der Tagesordnung erklärt Abg. v. Kleinsorgen, daß er die vom Abg. Techow gestern bemängelte Motivirung seiner Abstimmung vollständig aufrecht erhalte und gegen die Rüge, welche ihm gestern vor der Tagesordnung ertheilt sei, protestire.

Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Befugniß der bischöflichen Commissarien, Zwangsmittel anzuwenden. — Abg. v. Schorlemer-Alst erklärt sich gegen das Gesetz, welches der unumschränktesten Ministerwillkür Thür und Thor öffne. Er freue sich aber, daß mit diesem Gesetze den Katholiken gezeigt w rde, daß sie von dieser Regierung keine Abhilfe zu erwarten hätten und daß es mit dem Gerede von milder Handhabung u. s. w. purer Schwindel war. In dem Augenblicke, wo der politische Horizont so sehr bewölkt sei, sollte man den Katholiken doch nicht ein solches Culturkampfgesetz in's Gesicht schleudern. Jedenfalls mache es einen eigenthümlichen Eindruck, wenn ein armer Pastor, der in gewissenhafter Erfüllung seiner Pflicht die Herausgabe von Documenten verweigere, bestraft werde, während der Socialdemokrat Most vor Tausenden von Menschen ungestraft erklären darf: er fürchte weder einen Gott im Himmel, noch eine Gewalt auf Erden. Uebrigens seien ja die religiösen Anschauungen der Liberalen von denen der Socialdemokraten nicht sehr verschieden. Die Bestimmung, daß das Mitglied eines Kirchencollegiums die Strafe von sich abwenden könne durch den Nachweis, daß es für die Vornahme der zu erzwingenden Handlung gestimmt oder an der betreffenden Sitzung nicht theilgenommen habe, speculire auf die Charakterlosigkeit und die Armuth der Betroffenen. Das ganze Gesetz sei ein Marterwerkzeug, eine Einführung des Bureaukratismus an Stelle der freien Gemeindeverwaltung. — Abg. v. Zedlitz empfiehlt die Annahme des Gesetzes, obgleich nach seiner und der Regierung Ansicht dasselbe nicht nöthig sei da nach der Verordnung von 1808 den Commissarien das Strafrecht zustehe. — Abg. v. Stablewski erklärt sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß man den bischöflichen Vermögensverwaltern die illimitirte Strafbefugniß geben wolle; es gäbe ja humane Beamten, die selbst mit diesem harten Gesetze schonungsvoll regieren würden; aber bisher seien die Vermögensverwalter in höchst rücksichtsloser Weise vorgegangen. Redner führt dann einzelne Spezialfälle an, in denen er ein ungesetzliches Verfahren zu erkennen glaubt. — Ministerialdirector Förster sucht in den einzelnen Spezialfällen die Gesetzmäßigkeit der ergangenen Verfügungen nachzuweisen. — Damit schließt die Generaldiscussion.

Der einzige Artikel des Gesetzentwurfs giebt dem Commissarius das Recht zu Geldstrafen bis 150 M. und zu unmittelbarem Zwang; der Nachweis der Nichtbetheiligung an der Weigerung befreit von der Strafe, gegen welche Klage beim Oberverwaltungsgericht stattfindet. In der Spezialdiscussion ergreift zunächst das Wort der Abg. Windthorst (Meppen): Ich wünsche auf Grund der Billigkeit, daß die bisher schon eingetriebenen Strafen ersetzt werden. Die Regierung hat sich zwar in den Motiven zu dem vorliegenden Entwurf sehr gewunden darüber ausgedrückt, ob die bischöflichen Commissarien bis jetzt eine Executivstrafgewalt hatten, dagegen hat sich die große Mehrheit dieses Hauses dahin ausgesprochen, daß ihnen eine solche Executivgewalt nicht zustand. Die Rückzahlung der beigetriebenen Strafen ist also gerechtfertigt. Im Uebrigen hat man das vorliegende Gesetz als ein sehr dringliches bezeichnet, und es wird demnach wohl zu Stande kommen; es wäre ja auch sehr traurig, wenn einmal eine Session vorüberginge, ohne der Regierung ein neues Marterinstrument in die Hand zu geben. — Abg. Lasker: Ich werde mich enthalten, in der Debatte auf den Culturkampf einzugehen, obgleich der Abg. v. Schorlemer-Alst mit großer Heftigkeit gesprochen und unsere Verbesserungsvorschläge zu dem Gesetz-Entwurf mit bitterem Spott begossen hat. Er hat gemeint, daß wir mit unseren Vorschlägen uns den Anschein eines Benehmens geben wollten, welches wir thatsächlich nicht haben. Aber wir werden uns dadurch nicht abhalten lassen, so zu beschließen, wie wir es im öffentlichen Interesse für nothwendig halten. Das Gesetz ist heute als ein Marterwerkzeug bezeichnet worden; diese Anschauung muß entschieden zurückgewiesen werden. Wir wollen nur, daß die bischöflichen Commissare dieselbe Befugniß haben, die anderen Executivbeamten zusteht, die Beamten, welche bestimmte Leistungen fordern können, müssen für diese Forderungen den allgemeinen gesetzlichen Schutz erhalten. Wenn das Gesetz angenommen wird, so tritt in der Angelegenheit eine bessere Situation ein, da anderen Falles die Regierung fortfahren würde, so vorzugehen, wie es bisher geschehen ist und wie es ihr nach Lage der Gesetze richtig erscheint. Man hat sich speziell darüber beschwert, daß nicht in dem einzelnen Falle nur eine einmale Bestrafung festgestellt worden ist. Die Herren im Centrum halten es für einen guten Staatszustand, wenn der Staat nicht durchsetzen kann, was er will: er soll zwar das Individuum einmal bestrafen, aber seinen Willen soll er nicht haben. Wir wollen dagegen, daß der Staat, unter Wahrung der Gesetze, seinen Zustand und das Recht aufrecht erhalte. In anderen Gebieten wären gewiß diejenigen von Ihnen, welche nicht wollen, daß die Staatsgewalt zum Gespötte werde, auf unserer Seite. Der Abg. v. Schorlemer hat den Liberalen vorgeworfen, daß ihr Gottesbewußtsein nicht besser beschaffen sei, als das der Socialdemokraten. Ich finde sehr häufig in den Discussionen auf jener Seite (Centrum) eine Art von Reflexion über Mitglieder der liberalen Partei, welche ich als eine ungestattete Ueberhebung bezeichnen muß. (Widerspruch im Centrum, Beifall links.) Sie sprechen über die Religion und das Gottesbewußtsein Anderer so, als ob Sie allein im Besitze des Echten und Richtigen wären. Wer hat Ihnen je von dieser Seite vorgeworfen, daß Sie Götzendiener seien? Wenn es geschähe, würde ich es verwerflich finden. Eine solche Discussion, in der Sie die Liberalen auf eine Stufe mit den Socialdemokraten stellen, die nach Ihrer Ansicht Gottesleugner sind, ist völlig ungerechtfertigt und weder vom sittlichen noch religiösen Standpunkt gestattet. (Lebhafter Beifall; Widerspruch im Centrum.) — Abg. Reichensperger: Wir wollen durchaus nicht, daß die Gesetze des Staates unwirksam sind, aber wir glauben, daß durch das Gesetz vom Jahre 1874, welches dem Ober-Präsidenten die Executivstrafgewalt giebt, die Wirksamkeit der Gesetze genügend gewahrt ist, ohne daß man einem Einzelbeamten eine so weit gehende Gewalt zu verleihen braucht. Der einzige Rechtfertigungsgrund des Gesetzes wäre der, daß durch dasselbe ein besserer Zustand geschaffen würde, als der jetzige, da das Ministerium, trotz der entgegenstehenden Ansicht des Hauses, bei seiner Meinung geblieben ist, daß den bischöflichen Commissarien als solchen die Executivstrafgewalt zustehe. Aber es wäre Zeit, daß das Abgeordnetenhaus der Regierung fühlbar machte, daß sie Rücksichten auf die Rechtsanschauungen des Hauses zu nehmen hat, da wir sonst vollkommen lahm gelegt sind. — Persönlich bemerkt der Abg. v. Schorlemer-Alst, daß er, wenn Lasker sich durch die Hinweisung auf die religiösen Anschauungen der Socialdemokraten unangenehm getroffen fühle, vollständig befriedigt sei und seinen Zweck erreicht habe. — Das Gesetz wird demnächst definitiv angenommen.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze fort. § 14 überließ nach der Regierungsvorlage die Bestimmung über Sitz und Bezirk der Amtsgerichte dem Justizminister. Die Commissionsvorschläge wollen den Sitz durch Gesetz, den Bezirk durch den Justizminister bestimmen. — Abg. Miquel beantragt, die Berathung dieses Paragraphen vorläufig auszusetzen, da im Laufe der Berathung jedenfalls eine Erklärung der Regierung über die gestern angeregte Frage wegen des Abschlusses des vorliegenden Gesetzes und des Schlusses der Session zu erwarten sei. — Abg. Windthorst (Meppen) widerspricht dem Antrag und ist für sofortige Berathung des § 14. Wenn man die Absetzung mit der eigenthümlichen ungewissen Situation begründe, so sei es besser, gleich die ganze Berathung auszusetzen. — Der Antrag Miquel wird angenommen und die Debatte über § 14 einstweilen ausgesetzt.

§ 18b hebt den privilegirten Gerichtsstand der Standesherren auf; die Regierungsvorlage, deren Wiederherstellung der Abg. Windthorst (Meppen) beantragt, wollte ihn von diesem Gesetze unberührt lassen. — Abg. Windthorst (Meppen) begründet den Antrag mit Hinweis auf das den Standesherren vertragsmäßig garantirte Recht und aus Zweckmäßigkeitsgründen, namentlich bei Vormundschaftssachen. — Abg. Eberty: Es kommt bei der Regulirung der Rechte der Reichsunmittelbaren nicht auf die mit ihnen geschlossenen Verträge an; vielmehr entscheidet nach dem Gesetz von 1869 lediglich das Gemeinwohl. Ich frage den Abg. Windthorst, welches Interesse des Gemeinwohls spricht dafür, solche Ausnahmebestimmungen eintreten zu lassen? — Referent Löwenstein: Die Reichsgesetzgebung nimmt an, daß den Standesherren ein privilegirter Gerichtsstand nicht zusteht. Daß die Regierung aus freier Initiative den Standesherren nicht entgegentritt, dafür kann ich bei längerem Nachdenken Gründe finden (Heiterkeit); aber das Haus hat keine Veranlassung, ihr zu folgen. Weshalb soll der Amtsrichter nicht die Vormundschaft über das Kind eines Reichsunmittelbaren führen dürfen? — Der Antrag Windthorst wird abgelehnt.

Der § 23 der Regierungsvorlage lautet: „Die Bildung von Grundbuchämtern findet nicht statt. Die Geschäfte der Grundbuchführer werden von Gerichtsschreibern wahrgenommen." Die Commission schlägt folgende Fassung vor: „Die Bildung von Grundbuchämter findet nicht statt. Die Geschäfte der Grundbuchrichter dürfen nur von den mit Bearbeitung der Grundbuchsachen beauftragten Amtsrichtern, die Geschäfte der Grundbuchführer nur von den diesen Amtsrichtern zugewiesenen Gerichtsschreibern wahrgenommen werden. Die Rechte und Pflichten des Grundbuchrichters und des Grundbuchführers gehen auf die hiernach an ihre Stelle tretenden Amtsrichter und Gerichtsschreiber über." Abg. Windthorst (Meppen) will die Geschäfte der Grundbuchrichter den Amtsrichtern, die der Grundbuchführer den Gerichtsschreibern zuweisen. — Geh Justizrath Schmidt empfiehlt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, weil die Fassung des Commissionsvorschlages der Organisation der Amtsgerichte widerspreche und eine Reihe von Unklarheiten bringe. Nachdem sich noch die Abgg. Köhler (Göttingen) und Referent Löwenstein für den Antrag Windthorst's ausgesprochen hatten, weil er im Wesentlichen eine Verbesserung des Commissionsbeschlusses enthalte, wird derselbe vom Hause angenommen.

§ 28 will den Schöffen und Vertrauensmännern Reisekosten gewähren. Abg. Schnackenburg beantragt, denselben auch tägliche Diäten von 6 M. zu gewähren. — Abg. Reichensperger weist darauf hin, daß nach dem Gerichtsverfassungsgesetz die ordentlichen Sitzungstage der Schöffen nur fünf Tage jährlich betragen. Der unentgeltliche Geschworenendienst sei unendlich mühsamer. Deshalb sei es wohl angezeigt, keine Diäten für die Schöffen zu bewilligen. — Minister Leonhardt erklärt sich gegen den Antrag Schnackenburg. Das Schöffenamt ist ein Ehrenamt. Ein gleicher Antrag Liebknecht's mit einem täglichen Satz von 3 M. ist im Reichstage abgelehnt worden. — Abg. Dirichlet findet nach Analogie der großen Verwaltungsgesetze die Gewährung von Diäten als Ersatz für baare Auslagen mit dem Charakter eines Ehrenamts durchaus vereinbar. Im andern Falle würde die neue Institution unpopulär werden. — Nachdem sich der Referent ebenfalls gegen den Antrag erklärt, wurde derselbe abgelehnt und der § 28 nach den Commissionsbeschlüssen angenommen.

§ 29 wird vorläufig abgesetzt, weil er mit § 14 in Zusammenhang steht.

§ 30 bestimmt die Vertretung eines Landrichters durch einen Amtsrichter. Die Commission will, daß die Justizverwaltung die Amtsrichter bezeichne, welche zur Vertretung einberufen werden dürfen; das Präsidium soll die Reihenfolge bestimmen. Ein Amtsrichter soll nur dann einberufen werden, wenn eine Stellvertretung durch ein Landgerichtsmitglied nicht möglich ist. — Minister Leonhardt ist mit diesen Bestimmungen nicht einverstanden, weil sie den Reichsjustizgesetzen widersprechen und das Ansehen der Gerichte gefährden. Die Einberufung nach einer bestimmten Reihenfolge wird zu vielen unnöthigen Schwierigkeiten in der Praxis führen. Der Beschluß des Präsidiums — an Stelle des Präsidenten — ist ein zu weitläufiger Apparat für eine solche Kleinigkeit. Der Präsident bestimmt ja auch die Mitglieder der Schwurgerichtshöfe, die doch politisch viel wichtiger sind, ohne an eine bestimmte Reihenfolge gebunden zu sein. — Abg. Lasker verweist darauf, daß nicht der Justizminister, sondern die Justizverwaltung mit der Bezeichnung der stellvertretenden Richter belastet werden solle; eine Ueberlastung der Centralinstanz wird dadurch nicht herbeigeführt. Die Beweisführung, daß man alle Zusammensetzungsgeschäfte dem Präsidenten anvertrauen müsse und nicht dem Präsidium, weil der Präsident die Schwurgerichtshöfe zusammensetzt, ist nicht zutreffend und in den Reichsjustizgesetzen nicht acceptirt. Die Garantie einer Zusammensetzung der Gerichtshöfe nach voraus bestimmten Normen ist der Vermeidung geringer Unbequemlichkeiten vorzuziehen. Gerichtshöfe sind keine leicht beweglichen Corporationen. Durch solche Garantien könne sich kein Richter beleidigt fühlen und auch das Publikum könne sie nicht schief auffassen. — Abg. Köhler (Göttingen) stimmt den Ausführungen des Justizministers bei. — Abg. Windthorst (Meppen) verlangt absolut eine gesetzliche Garantie für die Zusammensetzung der Senate der Landgerichte, welche über die höchsten Güter des Menschen zu erkennen haben. — Die Commissionsbeschlüsse werden angenommen.

§ 42 lautet: „Das Oberlandesgericht in Berlin ist ausschließlich zuständig für die Verhandlung und Entscheidung: 1) über die nicht zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Revisionen gegen Urtheile der Strafkammern in erster Instanz; 2) über die Revisionen gegen Urtheile der Strafkammern in der Berufungsinstanz und über alle Beschwerden gegen Entscheidungen der Strafkammern, sofern eine nach Landesrecht strafbare Handlung den Gegenstand der Untersuchung bildet." Die Commission hat diesen Paragraphen gestrichen, aber dem Oberlandesgericht in Berlin die Zuständigkeit für das Rechtsmittel der weiteren Beschwerde gegen die Landgerichte belassen. — Abg. Wachler (Schweidnitz) beantragt die Wiederherstellung der Vorlage, während der Abg. Windthorst (Bielefeld) eine Streichung aller betreffenden Paragraphen vorschlägt und dem Oberlandesgericht Berlin nur die Zuständigkeit jedes anderen Oberlandesgerichts zugestehen will, wie sie im § 41 festgesetzt ist, welcher lautet: „Zur Zuständigkeit der Oberlandesgerichte gehören: 1) alle Angelegenheiten, für welche bisher die Appellationsgerichte als Gerichte erster Instanz zuständig waren; 2) die bisher zur Zuständigkeit des Kreisgerichts in Ratzeburg gehörenden Familienfideicommißsachen; 3) die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel in den Angelegenheiten, welche nach den Vorschriften dieses Gesetzes in erster Instanz zur Zuständigkeit der Landgerichte gehören". — Abg. Wachler (Schweidnitz) empfiehlt seinen Antrag, der den Zweck habe, das Reichsgericht von allen im § 42 genannten Dingen zu entlasten, da es schon an und für sich eine erhebliche Arbeitslast habe. Ein Staat wie Preußen könne einen solchen Gerichtshof nicht entbehren, wenn nicht die Einheit der Rechtsprechung innerhalb desselben leiden sollte. Jedenfalls müßte erst eine mehrjährige Erfahrung die Entscheidung liefern, daß ein solcher Gerichtshof überflüssig sei. Dem Oberlandesgerichte in Berlin würden z. B. die Strafsachen aus dem Culturkampfe, aus dem Vereinsrechte u. s. w. zufallen, die doch unmöglich dem Reichsgericht zugewiesen werden können. — Abg. Lasker: Die Reichsjustizgesetze haben den einzelnen Bundesstaaten nicht auferlegen wollen, die im § 42 bezeichneten Sachen einem Oberlandesgerichte in letzter Instanz zu übertragen, sondern habe ihnen dieses freigestellt. Wir würden aber weder praktisch noch im Interesse der Rechtsprechung handeln, wenn wir den Regierungsvorschlag annähmen. Zwar ist in bestimmten Strafsachen eine einheitliche Rechtsprechung sehr wichtig und nothwendig; aber wenn wir diese Sachen dem Oberlandesgerichte zu Berlin in letzter Instanz übergeben, so wird ein einheitlicher Gerichtshof für Preußen geschaffen, der mit dem obersten Reichsgericht in Concurrenz tritt und möglicherweise in den dem allgemeinen Theil des Strafrechts zugehörigen Punkten eine andere Entscheidung trifft als das Reichsgericht, wodurch in diesem wichtigen Gebiete eine Anarchie herbeigeführt und das Ansehen des höchsten Gerichtshofes sehr geschädigt werden könnte. Dem Oberlandesgericht in Berlin würden gerade die eminent politischen Sachen, die sich auf die Kirchenstreitigkeiten, das Vereins- und Versammlungsrecht beziehen, zugehören. Soll man nun diesen Gerichtshof als einen vorwiegend politischen ansehen? Und wenn das Reichsgericht in gleichen Sachen den einen Grundsatz feststellt, das Gericht zu Berlin einen anderen, wird dann nicht das Ansehen desjenigen Gerichtshofs leiden, welcher die strengere Entscheidung getroffen hat? Wenn Preußen auf die Einheitlichkeit seines Rechts so großen Werth legt und vom Bundesrath und Reichstag fordert, daß das Reichsgericht für die fraglichen Sachen competent sein soll, so wird diese Forderung auf keiner Seite einem Widerstand begegnen. In der Gestattung eines höchsten Gerichtshofs in Civil- und Strafsachen für die einzelnen Bundesstaaten ist dem Particularismus schon zu viel nachgegeben worden. Die allein richtige Regelung wäre die, daß sämmtliche Strafsachen ohne Unterschied in letzter Instanz an das Reich gehen. Den Einwand, daß das Reichsgericht ohnehin schon zu sehr belastet ist, kann ich nicht gelten lassen; dies ist eine Frage der Personalvermehrung. Wenn wir aber dem Reichsgericht diese Stellung einräumen, so würde wenigstens an einer Stelle die Reichsidee voll und klar verkörpert werden; wir würden einen eminent nationalen Gedanken aussprechen und der Rechtseinheit einen bedeutenden Dienst leisten. (Beifall.) — Geh. Rath Schmidt legt ein großes Gewicht auf die Aufrechterhaltung dieses Paragraphen, weil die Reichsgesetze die Möglichkeit eines solchen obersten Landgerichtshofes offen lassen. Will man diese Landesstrafsachen doch dem Reichsgericht überweisen, so ist dazu eine Aenderung der Reichsgesetze nöthig und ein solcher Antrag hat wenig Aussicht auf Annahme seitens der verbündeten Regierungen. Redner protestirt gegen die Annahme, daß bei einem höchsten Gerichtshofe in Berlin keine unabhängige Rechtsprechung möglich sei. — Abg. Krech legt dagegen Verwahrung ein, als wenn man von besonders nationalem Standpunkte aus diesen Paragraphen streichen müßte. Derselbe steht auf dem Boden der Reichsjustizgesetze. — Abg. Windthorst (Meppen) will keinen Ausnahmsgerichtshof constituiren für die Straffälle der Landesgesetzgebung, was mit der Etablirung eines obersten Gerichtshofes in Berlin der Fall sein würde. Auch würden dadurch die Provinzialoberlandesgerichte zu Gerichten zweiter Klasse hinabsinken. — Abg. Miquél ist mit dem Abg. Lasker nicht einverstanden. Eine einheitliche Rechtsprechung ist in Strafsachen viel wichtiger, als bei der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Dies ist keine politische Frage, sondern eine Frage der richtigen Rechtsprechung. Die Reichsjustizcommission hat nicht aus politischen, sondern aus sachlichen Gründen gegen die Ueberweisung der Landesstrafsachen an das Reichsgericht entschieden, weil sie das den Reichsinteressen für schädlich hält. So lange Deutschland kein Einheitsstaat ist, bedarf jeder Föderativstaat eines obersten Gerichtshofes für seine Landesstrafsachen zur einheitlichen Rechtsprechung. Das Oberlandesgericht in Berlin ist dem Reichsgericht subordinirt, also die Autorität des letzteren entschieden größer als die des ersteren. Zudem kommen in Landesstrafsachen die sogenannten allgemeinen criminalistischen Grundsätze sehr selten in Frage und in diesen Fällen wird immer die Autorität des Reichsgerichts maßgebend seien.

Abg Krech beantragt für den Fall der Annahme des Antrags Wachler, im § 42 statt des Wortes „Landesrecht" zu setzen: „allgemeinen Landesgesetzen". Der Antrag Krech wird mit 141 gegen 141 Stimmen abgelehnt und die weitere Berathung vertagt.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf 7 Uhr Abends an. Windthorst (Meppen) beantragt, da die Regierung bisher auf die gestrige Anfrage wegen des Schlusses der Session keine Antwort gegeben, keine Abendsitzung zu halten. Hänel tritt der Ansicht bei, die von Lasker, v. Rauchhaupt u. Aegidi bekämpft wird, welche sich dafür aussprachen, daß man mit Anstrengung aller Kräften die Vorlage zu erledigen suche. Schließlich stimmt das Haus mit schwacher Majorität dem Rathschlage des Präsidenten bei, heute Abend Sitzung zu halten.

Danzig, 6. Februar.

Der Reichstag ist schon da, und der Landtag weiß immer noch nicht, wie es mit seinem eigenen Schicksal steht. Mit großer Spannung sah man gestern dem Ministerrath entgegen, der vollzählig — auch v. Bülow und Hofmann waren anwesend — um 2 Uhr im Abgeordnetenhause zusammentrat und unter theilweiser Zuziehung des Präsidenten v. Bennigsen bis gegen 4 Uhr verhandelte. Wie man aber bald darauf erfuhr und wie Minister Friedenthal in der Abendsitzung bestätigt hat, ist man gestern noch nicht darüber schlüssig geworden, ob eine Vertagung oder der Schluß der Session eintreten soll. Erst heute soll der endgiltige Beschluß gefaßt werden. Die Verstimmung unter den Abgeordneten ist überaus groß und spiegelte sich lebhaft in den Vorgängen am Schluß der Sitzung wieder. Die Einen wollten wissen, Fürst Bismarck habe dem Ministerium völlig freie Hand über Schluß oder Vertagung des Landtages gelassen, eine andere Version wollte wissen, es werde noch auf Bescheid aus Varzin erwartet. Nach der gestrigen im Ganzen etwa zehnstündigen Arbeit im Abgeordnetenhause finden heute Plenarsitzungen in beiden Häusern des Landtages, die Eröffnung des Reichstages im weißen Saale und die erste Sitzung des Reichstages statt. Die Ungewißheit über die Fortsetzung der Session übt auf alle noch ausstehenden Geschäfte den peinlichsten Druck aus. — Gestern hat sich die Regierung dahin geneigt, den Landtag zu schließen. Das geht aus folgender uns soeben zugehenden offiziösen Auslassung hervor: „Die Gesammtlage der parlamentarischen Geschäfte läßt keine Abänderung der Absicht erwarten, die bisher darauf ausging, den Landtag sobald als möglich zu schließen. Der Ausweg, den Landtag bis zu den Osterferien zu vertagen und dann vor Wiederzusammentritt des Reichstags für einige Zeit zu unterbrechen, läßt sich schon deshalb nicht gut benutzen, weil dann die Unterbrechung der Reichstagsberathungen in einen Zeitpunkt fallen würde, wo der Reichstag voraussichtlich nicht minder wichtige Geschäfte zu erledigen haben wird, als gegenwärtig der Preußische Landtag. Die Vorlagen, welche der Reichstag in der bevorstehenden Session zu berathen haben wird, sind von solcher Wichtigkeit, daß dafür jeder Augenblick wird benutzt werden müssen."

Auf einem Feste der Fortschrittspartei in Berlin hat der Abg. Virchow sich darüber ausgesprochen, wie sich nach seiner Meinung seine Partei zu der Reichsorganisationsfrage zu stellen hat. Nach dem Berichte der „Voss. Ztg." sagte er:

„Was uns Alle gleich nahe berührt, ist die Frage der Organisation des Reiches, welche die preußische Organisation in Mitleidenschaft ziehen muß. Das ist die Seite, wo wir Fühlung mit dem Herrn v. Bismarck durchaus nicht gewinnen können, wo das Vertrauen nicht eher kommen kann, als bis wir wirkliche Thatsachen sehen. Herr v. Bismarck ist kein Organisator. Er hat kein Bedürfniß, bleibende Bildungen, wahrhafte Organisationen zu schaffen. Das ist ein positiver Fehler des Staatsmannes, der Alles auf sich und seine Person stellt und keine Garantien für die bleibende Entwickelung unseres Volkes schafft. Deutschland muß, mit einem Worte, eine Organisation haben, vermöge deren es leben kann ohne Herrn v. Bismarck! Könnte der letztere diese Organisation schaffen, nun gut, so würden auch wir ihm folgen. Aber es ist eine Aufgabe, die über die nun einmal selbstherrisch angelegte Natur dieses Mannes geht. Es ist ganz unmöglich, daß er ein selbstständiges Ministerium neben sich dulde. Was er will, ist keine Organisation, sondern das Gegentheil davon. Und dazu können wir die Hand nicht bieten. Daher haben wir nur die Wahl uns zu fügen, oder Opposition zu machen. Die Zeit, im Wesentlichen „Ja" sagen zu können, ist für uns noch nicht gekommen, jetzt sind wir in den Hauptsachen noch die Partei des „Nein!"

So Herr Virchow. Der klare Sinn seiner Aeußerung ist also: die Fortschrittspartei lehnt es ab, sich an einer unter der Aegide des Fürsten Bismarck vorzunehmenden Organisation der Centralverwaltung des Reichs zu betheiligen. Im Grunde dasselbe hat Herr Richter Anfang Januar in Breslau, Herr Parisius schon vorher in seinem Buche über die Parteien in Deutschland proclamirt. Es ist das ewig wiederkehrende ceterum censeo der Berliner Fortschrittspartei: erst muß Bismarck beseitigt sein, bevor eine ersprießliche Ordnung unserer politischen Zustände überhaupt möglich sein soll. Der Gegensatz zu der Basis, welche in der Stellvertretungsvorlage für die Organisationsarbeit geboten wird, kann nicht schärfer ausgedrückt werden. Im Ernst hält Niemand für möglich, daß die nothwendigen Reformen ohne oder gar gegen den Fürsten Bismarck ins Werk gerichtet werden sollten. Und so ist denn klar, daß Herr Virchow und seine Freunde sich der Herausbildung des geplanten neuen Verhältnisses zwischen Regierung und Parlament unter den obwaltenden Umständen, wenn nicht gleich als entschiedene Widersacher, so wenigstens als lediglich kritische Zuschauer gegenüberzustellen gedenken. — Die Kundgebung der Berliner Fortschrittspartei ist, wie jede Klärung zweifelhafter Situationen, unter allen Umständen dankenswerth. Man weiß fortan, daß für die Bildung der festen parlamentarischen Mehrheit auf die fortschrittliche Fraction als auf einen zuverlässigen Factor nicht zu rechnen ist. Eine andere Frage aber dünkt uns doch, ob die fortschrittlichen Wähler im Lande überall mit der von Herrn Virchow vorgezeichneten Position zufrieden sein werden. Die Redner des Berliner Banketts schritten gar stolz und zuversichtlich einher. Daß die Fortschrittspartei allein „dem Volke unabhängige, freie Charaktere bewahrt hat", daß sie die „Partei der Selbstständigkeit, der Unabhängigkeit, der persönlichen Würde" ist — solche und ähnliche Redensarten mag man einfach auf das Conto des fortschrittlichen Curialstyls setzen. Aber, wenn Herr Richter erklärt, sich „in Uebereinstimmung zu befinden mit dem, was das strebsame intelligente Bürgerthum in Deutschland denkt und fühlt", wenn er die Fortschrittspartei gewissermaßen als die alleinige Repräsentantin des deutschen Bürgerthums hinstellt, so ist es doch nöthig, den allzu kühnen Orator auf einen handgreiflichen Protest gegen seine Behauptung aufmerksam zu machen. Dieser Protest ist das Vorhandensein der nationalliberalen Partei. Mehr als je ist es geboten, daß alle die Elemente unseres Volkes, welche wir unter dem „deutschen Bürgerthum" begreifen, fest zusammenstehen in diesem entscheidungsvollen Augenblicke. Die Frage tritt an sie heran, welcher von beiden Richtungen sie sich anschließen wollen, der von einer radicalen Minderheit proclamirten Politik der Verneinung, oder der von der nationalliberalen Partei vertretenen Politik des positiven Schaffens in der Bahn einer maßvoll fortschreitenden freisinnigen Entwickelung. Uns ist nicht zweifelhaft, für welche Seite das deutsche Bürgerthum sich entscheiden wird.

Die Türken beginnen bereits die militärischen Waffenstillstandsbedingungen auszuführen. Nach einem Telegramm der „Daily News" aus Kars vom 4. d. wurde daselbst die Uebergabe Erzerums amtlich gemeldet; die Russen sollten die Festung gestern besetzen. — Der „Polit. Corresp." wird aus Petersburg telegraphisch gemeldet, nach der nunmehr erfolgten Unterzeichnung der Friedenspräliminarien solle in Adrianopel unverweilt zur Verhandlung über den definitiven Friedensvertrag geschritten werden. General Ignatieff sei mit der Führung der Verhandlungen beauftragt. — Ein Telegramm der „Polit. Corresp." aus Belgrad vom 4. d. meldet: Großfürst Nicolaus hat der an den Fürsten Milan gerichteten Anzeige von dem Abschlusse des Waffenstillstandes die Versicherung hinzugefügt, daß die Interessen Serbiens gebührende Berücksichtigung finden würden.

Deutschland.

⊙ Berlin, 5. Februar. Anknüpfend an unsere früheren Mittheilungen über die Indienststellung von Schiffen der deutschen Flotte fahren wir heute in unseren Mittheilungen fort, soweit es sich um die Panzerfregatten handelt. Die Panzerfregatte „König Wilhelm" ist soweit fertig gestellt, daß sie in 14 Tagen in Dienst gestellt werden kann. Der „Große Kurfürst" ist in Wilhelmshaven und wird im Laufe dieses Monats soweit ausgerüstet sein, als es der Dienst verlangt. Die contractlich festgesetzte Probefahrt wird dann unverzüglich vorgenommen werden. „Fredrich der Große" wird in Kiel vorbereitet, um demnächst seine Probefahrt unternehmen zu können. Nach derselben wird er die weitere Ausrüstung erhalten, welche für den Dienst erforderlich ist. — „Preußen" liegt mit reducirter Besatzung in Kiel und wird einer Reparatur unterworfen, um später für das im diesjährigen Indienststellungs-Tableau in Aussicht genommene Uebungsgeschwader in Dienst gestellt zu werden. — Die kaiserliche Yacht ist so weit fertig, daß ein weiterer Ausbau der Gemächer erfolgen kann. — Der Avisodampfer „Falke" erhält einen neuen Kessel und soll dann ebenfalls in Dienst gestellt werden. — Die Panzerfregatten „Kaiser", „Deutschland", „Kronprinz" und „Friedrich Karl" sind in ihrer Ausrüstung so weit fortgeschritten, daß sie in den nächsten vier Wochen werden in Dienst gestellt werden können.

Karlsruhe, 5. Febr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erklärte der Staatsminister Turban in Erwiderung auf eine Interpellation wegen des Staatseisenbahn-Vertrages mit Baiern, daß Baiern Schwierigkeiten erhebe, Baden jedoch nur dann nachgeben werde, wenn es ein Aequivalent erreiche, sonst werde es auf dem Vertrage bestehen. — Drei clericale Abgeordnete beantragten die Streichung von 550 000 Mk. Gotthardbahn-Subvention. Staatsminister Turban bekämpfte den Antrag und meinte, Baden sei sowohl durch badisches Interesse, wie durch das Interesse des Reiches zur Leistung des Beitrages verpflichtet; die Reconstruction des Unternehmens werde gelingen. Der Antrag ward verworfen. (W. T.)

Dresden, 3. Febr. In der letzten Sitzung der zweiten sächsischen Kammer kam der Gesetzentwurf zur Berathung, welcher Bestimmungen zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 und über die Zuständigkeit der Gerichte in Sachen der nichtstreitigen Rechtspflege enthielt. Bei dieser Gelegenheit erlitt der Justizminister Abeken eine arge Niederlage insofern der oben erwähnte, vom ihm warm vertheidigte Gesetzentwurf als im höchsten Grade „unvollständig" anerkannt und aus diesem Grunde von dessen weiterer Discussion Abstand genommen wurde. Die Regierung wird sich demnach gezwungen sehen, einen neuen Gesetzentwurf auszuarbeiten und der Kammer vorzulegen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Februar. Der österreichische Steuerausweis für das Jahr 1877 ergiebt der „Polit. Corresp." zufolge gegen das Jahr 1876 an directen Steuern eine Mehreinnahme von 246 000 Fl. und an indirecten Steuern eine Mehreinnahme von 4 267 000 Fl. — Der neu ernannte englische Botschafter, Elliot, hat dem Kaiser heute sein Beglaubigungsschreiben überreicht. (W. T.)

Wien, 5. Febr. Nach Meldungen der Morgenblätter aus Triest werden das Kasemattschiff „Kaiser Max" und die Panzerfregatte „Habsburg" ausgerüstet. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 3. Febr. Der Schluß der gestrigen Sitzung der Kammer verlief sehr ruhig. Von sechs Wahlen wurden wieder zwei ungiltig erklärt. Um nicht wieder in solche Aufregung zu verfallen, wie vorgestern, beschloß das Haus, keine Abendsitzung zu halten und ehe es die Budgetdebatte fortsetzt, noch 16 auf der Tagesordnung stehende Wahlprüfungen zu erledigen. — Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses faßte gestern nach Anhörung des Ministers Bardoux einige die Theater- und Kunstwelt interessirende Beschlüsse. Zunächst erklärte er sich „im Prinzip" für eine Erhöhung der Subvention der komischen Oper um 120 000 Fr. Dann entschied er, daß nach den zahlreichen verunglückten Versuchen mit dem Theatre Lyrique die für dieses Unternehmen noch ausgeworfenen 200 000 Fr. vom Budget abzusetzen seien; doch soll die nämliche Summe für dies Jahr noch dem Minister mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt werden, daß er sie, sei es dem Conservatorium oder einer musikalischen Bühne, welche dem Publikum neue Opern von Bedeutung vorzuführen in der Lage sei, zuwende. Endlich bewilligte der Ausschuß, jedoch ebenfalls nur für dieses Jahr, eine Subvention, die auf 25—30 000 Fr. zu bemessen sein wird, für die Pasoleloup'schen Concerts populaires mit dem Bemerken, daß eine fernere Unterstützung des Unternehmens nur unter Zuziehung der Stadt Paris erfolgen könne.

Versailles, 4. Febr. Die Deputirtenkammer nahm den Gesetzentwurf betreffend die Herabsetzung der Telegraphengebühren im internen Verkehr an.

Spanien.

* Der „Agence Havas" wird aus Madrid gemeldet, die Nachricht, daß in der Provinz Gerona carlistische Banden erschienen seien, sei unbegründet, die Nachricht sei darauf zurückzuführen, daß einige Landstreicher unter dem Rufe: „Es lebe die föderale Republik!" Excesse verübten. Dieselben seien festgenommen worden.

Italien.

Rom, 1. Februar. Der Gesundheitszustand des Papstes soll sich wieder sehr verschlimmert haben. Die clericalen Blätter erwähnen dieser Sache mit keiner Silbe, ebenso wenig wie daß in allen Kirchen der ewigen Stadt stille Gebete für den Papst angeordnet sind. Die beim Vatican beglaubigten Gesandten der fremden Mächte haben jedoch ihre Regierungen durch den Telegraphen schon benachrichtigt, daß die Sache sehr bedenklich sei, und ihre am Quirinal beglaubigten Collegen ersucht, die Minister des Aeußern und Innern von dem Zustande des Papstes in Kenntniß zu setzen, damit dieselben bei Zeiten Vorkehrungen treffen. — Zu Ehren Victor Emanuel's wird auf Befehl des Königs am 9. d. M., dem einunddreißigsten Tage nach seinem Tode in der Sudaria-Kirche ein feierlicher Trauergottesdienst stattfinden. In dem Pantheon werden zu dem auf den 11. verschobenen feierlichen Trauergottesdienste großartige Vorbereitungen getroffen. — Der Bruder des Königs, Prinz Amadeo soll sich wieder vermählen wollen und eine römische Prinzessin, die mit den ersten Patrizierfamilien verwandt ist, zur Gemahlin erkoren haben. — In Bologna ist der Bildhauer und Director der dortigen Akademie, Professor Cincinnato Mazziotti gestorben, der durch seine Vollendung der von Canova begonnenen Gruppe der Pietà sich einen bedeutenden Namen erworben hat.

* Der „K. Z." telegraphirt man aus Rom 3. Februar. „Es ist beschlossen, die katholischen Diöcesen in Russisch-Polen als zu den partibus infidelium gehörig zu erklären und der Jurisdiction der Propaganda zu unterwerfen, so daß die polnische Geistlichkeit direct vom Präfecten der Propaganda abhinge, wie die überseeischen Missionen, und die kirchlichen Bedürfnisse trotz Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit Rußland gewahrt werden. Für die Katholiken im Orient soll die Fürsprache der Mächte angerufen werden."

— 4. Februar. Der „Osservatore Romano" veröffentlicht den authentischen Text der vom Cardinal-Staatssecretär Simeoni an die päpstlichen Nuntien gerichteten Note über die katholische Kirche in Rußland, sowie der dieser Note beigelegten drei Documente. Das erste dieser Documente ist ein an den Fürsten Gortschakoff gerichtetes Memorandum über die Leiden der katholischen Kirche in Rußland und Polen, das zweite ist ein das Memorandum begleitendes Schreiben vom 26. Juli v. J. an den russischen Geschäftsträger Urusoff das dritte ist ein Schreiben Simeoni's an Urusoff vom 19. August v. J., worin demselben der Abbruch der zwischen ihm und dem Vatican bestehenden Beziehungen angezeigt wird. (W. T.)

England.

London, 4. Februar. In der heutigen Sitzung des Unterhauses waren der Prinz von Wales, der Prinz Leopold, der Herzog von Connaught, Prinz Christian und der Kronprinz Rudolf von Oesterreich anwesend. — Schatzkanzler Northcote erklärte auf eine Anfrage Fitzmaurice's, der Regierung sei noch keine definitive offizielle Information über die Forderung Rußlands betreffend die Abtretung von Rumänisch-Bessarabiens zugegangen. — Dem Deputirten Nolan erwiderte Northcote, es sei der Regierung nicht bekannt, auf wie lange der Waffenstillstand abgeschlossen sei. Weiter antwortete Northcote auf eine Anfrage des Marquis v. Hartington, die einzige Information, welche die Regierung hinsichtlich des Waffenstillstandes erhalten habe, sei die Abschrift der dem Botschafter Musurus Pascha von der Pforte zugegangenen Depesche, in welcher mitgetheilt wurde, daß der Waffenstillstand am 31. Januar unterzeichnet und die Einstellung der Feindseligkeiten angeordnet worden sei. Dies sei in so fern befriedigend, als durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandes dem Blutvergießen Einhalt gethan werde. — Hierauf wurde die Debatte über den Antrag Forster's zu der Creditforderung der Regierung fortgesetzt. Zunächst sprach Gladstone unter lebhaftem Beifall der Liberalen. Gladstone führte in seiner bereits signalisirten Rede aus, seitdem die Vorlage über die Creditforderung eingebracht sei, ja selbst seit der Beantwortung des Amendements Forster zu derselben sei die Lage der Dinge verändert. Der inzwischen erfolgte Abschluß des Waffenstillstandes beseitige alle Besorgnisse; die Bewilligung des Credites sei vollkommen unnöthig, es sei kein Interesse Englands gefährdet namentlich seitdem Fürst Gortschakoff die bekannte Verpflichtung hinsichtlich Konstantinopels eingegangen sei. Der geforderte Credit habe keine reale Basis. Der Credit sei ein Versuch, die Waffen mit den Unterhandlungen zu verbinden; dieser Versuch sei durchaus schlecht, besonders als Vorspiel zu der Conferenz. Die Politik der Regierung würde das Princip der moralischen Autorität der leitenden Mächte zerstören und sei ein Schritt zum Barbarismus und zur Gewalt hin, anstatt zur Vernunft. Die Votirung des Credits würde die Nation gespalten zeigen; es sei besser, den Pfad der Eintracht zu erwägen. Er wünsche der Regierung die Kraft der geeinten Nation zu geben; er würde sie unterstützen bei dem Aufgebot ihres Einflusses auf der Conferenz, um Rußland dazu zu bewegen, seinen Anspruch auf Bessarabien, das es früher zu einer Donaumacht gemacht habe, aufzugeben. Er (Gladstone) würde die Regierung in Allem unterstützen, sowohl in Betreff der freien Donauschifffahrt, als auch in ihrem Bestreben, die besten Bedingungen für die Türkei zu sichern, so lange dieselben nicht Grausamkeiten gegen die Unterthanen der Türkei involvirten; er glaube, Bulgarien werde bedeutenden Tribut zahlen. Er hoffe, England werde in Uebereinstimmung mit den übrigen Mächten hinsichtlich der Dardanellenfrage handeln; England könne auch die hellenischen Provinzen auf der Conferenz vertreten. Er wünsche nur, daß die durch das Schwert Rußlands für die Unterthanen der Türkei erlangten Zugeständnisse nicht verkürzt würden. Gladstone regte sodann die Idee an, anstatt den Credit zu votiren, sollten die beiden Häuser eine Adresse an die Krone richten, worin sie der Regierung ihre Unterstützung auf der Conferenz zusagen unter Anerkennung dessen, was für die Christen der Türkei gethan worden sei. Gladstone schloß mit folgenden Worten: „Ich hoffe, die Adresse werde den Ausdruck der Hoffnung enthalten dürfen, daß in allen Fragen zwischen der Türkei und ihren Unterthanen Englands Einfluß in einer seinen alten edlen Ueberlieferungen entsprechenden Weise zur Unterstützung derjenigen wohlgeordneten Verwaltung aufgeboten werde, die allein zukünftigen Frieden und Wohlfahrt verheißt!" (Lauter anhaltender Beifall auf beiden Seiten des Hauses, die Rede wurde oft durch Beifallszeichen unterbrochen.) — Der Staatssecretär des Kriegs, Hardy, wies zunächst den Vorwurf zurück, daß die Regierung die Türkei zum Kriege ermuthigt habe, in Wirklichkeit sei dies vielmehr durch Gladstone und dessen Meinungsgenossen geschehen. — Pease bekämpfte die Creditforderung, Forsyth erklärte, er würde, obschon er der Regierung vertraue, dem Antrage Gladstone's den Vorzug gegeben haben. Monck und Chamberlain traten für Gladstone's Vorschlag ein, Wolff vertheidigte die Politik der Regierung. Chaplin bekämpfte den Antrag Forster's und griff auch Gladstone heftig an, der aus einem hochgeachteten Staatsmann zu einem rastlosen Wander-Agitator geworden sei. Childers tadelte die Regierung, daß sie die ihr von der Opposition angebotene Waffenruhe nicht annehme und bezeichnete die Politik der Regierung als eine schwankende, schwache und herausfordernde.

Oberhaus. Lord Beaconsfield erwiderte auf eine Anfrage Lord Granville's, der Lordkanzler Cairns werde demnächst die territoriale Gerichtscompetenz der britischen Krone mit besonderer Rücksicht auf den Fall hinsichtlich des Schiffes „Franconia" zur Sprache bringen. — Graf Derby erklärte dem Lord Granville, er sei außer Stande, den Text der Friedensbasen mitzutheilen, glaube jedoch nicht, daß dieselben von den bereits mitgetheilten wesentlich abwichen; was die militärischen Basen des Waffenstillstandes anginge, so könne er darüber ebenfalls keine Auskunft geben. — Lord De la Warr wünscht eine Zusicherung der Regierung, daß sie unter keinerlei Umständen eine Besetzung Konstantinopels gestatten werde. Lord Derby erwidert, die Räumung der Donaufestungen durch die türkischen Truppen liefere allerdings einen großen Theil der Türkei in Rußlands Hände, aber wie solle England dies ohne Anwendung von Mitteln, welche die Billigung der Bevölkerung nicht erhalten würden, verhindern? Die Bedingungen für Englands Neutralität seien bisher nicht verletzt worden. Die Regierung habe von Anfang an bei der endgiltigen Lösung der Frage eine Stimme, gemeinschaftlich mit den übrigen Mächten, verlangt und habe diesen ihren Ausspruch in der jüngsten Zeit emphatisch erneuert, sie glaube, daß ihre Haltung von der Majorität des englischen Volkes gebilligt werde. Die Besitzergreifung Konstantinopels von Seiten der Russen würde einer derjenigen Punkte gewesen sein, welchem das Aufgeben der Neutralität gefolgt sein würde. In den Depeschen sei nichts über eine zeitweilige militärische Besetzung Konstantinopels gesagt worden, und zwar habe man dies eines Theils vermieden, weil es sich dabei um zwei ihrer Natur nach wesentlich verschiedene Fragen gehandelt habe, anderen Theils, weil es nicht wünschenswerth gewesen sei, die Türkei wissen zu lassen, daß sie, wenn sie England mit in den Krieg verwickeln wolle, den Russen nur den Einmarsch nach Konstantinopel zu gestatten brauche. Indeß habe die Regierung in der Depesche vom 13. Dezember vorigen Jahres ihrer Ansicht über eine Besetzung Konstantinopels in einer so kräftigen Form, wie sie der diplomatische Gebrauch nur gestatte, Ausdruck gegeben und selbst gegen eine temporäre Besetzung Konstantinopels Einwand erhoben. Daß die Besetzung von Gallipoli keine Gefahr für Konstantinopel sei, habe die Regierung nicht erklärt oder auch nur angedeutet, die Regierung sei durchaus nicht von ihrer bisherigen Haltung abgewichen. (Beifall.)

Rußland.

Petersburg, 5. Febr. Auf den Stadthauptmann von Petersburg, General Trepoff, wurde heute Vormittag 11 Uhr ein Attentat verübt, indem eine Frau, welche mit anderen Bittstellern in der täglich stattfindenden Audienz empfangen war, auf den General bei Ueberreichung einer Bittschrift zwei Revolverschüsse abfeuerte. Der Zustand des Generals Trepoff ist ernst, und die Kugel hat noch nicht herausgezogen werden können. Der Kaiser und der Reichskanzler erschienen im Laufe des Tages bei dem Stadthauptmann. In der Stadt herrscht lebhafte Erregung. Die Verbrecherin verweigert bis jetzt jede Auskunft. — Der französische Botschafter, General Leflô, ist an einer Lungenentzündung nicht unbedenklich erkrankt. (W. T.)

Rumänien.

Bukarest, 5. Februar. Die Deputirtenkammer zog den Antrag auf Wiederherstellung der Posten der diplomatischen Agenten in Petersburg, Rom und Belgrad in Erwägung. — Im Senate wurde eine Interpellation angekündigt wegen der Unmöglichkeit, die in Turnseverin angehäuften Waaren weiter zu befördern. Der Minister des Innern erklärte, er habe Maßregeln getroffen, um die unwegsam gemachte Straße nach Frateschti frei zu machen. — Auf Antrag der Regierung traten sodann Senat und Kammer in geheimer Sitzung zusammen, um die Interpellation wegen der Integrität Rumäniens zu berathen. (W. T.)

Amerika.

Washington, 1. Februar. Die neue Tarifbill, die jetzt dem Finanzausschuß zur endgiltigen Revision vorliegt, wird von den Kammern in nächster Zeit noch nicht berathen werden. Die Bill reducirt die Zahl der zollpflichtigen Artikel von jetzt über 2000 auf kaum 500. Alle nicht aufgeführten Artikel sind zollfrei, die Zollsätze werden um 5—60 Proc. ermäßigt, und zwar alle mit Ausnahme derjenigen auf Wein, Spiritus und Tabak. Das Gesetz legt an Stelle der jetzt

häufigen doppelten Belastung jedem Artikel nur einen Zoll auf. Soweit möglich, sind alle Zölle Gewichtszölle. Die Bill beseitigt manche schädliche Bestimmungen in der Art der Erhebung, schafft kleine Gebühren ab und vereinfacht das Verzollungsgeschäft. Bei Werthschätzungen werden 5 Proc. dem Facturenwerth zugeschlagen, für Fracht und Spesen. Man erwartet eine Zunahme der Zolleinnahmen durch das neue Gesetz um 17 Millionen Dollars und Ermäßigung der Erhebungskosten von 7¼ auf 3 Millionen. Das Gesetz soll am 1. Januar 1879 in Kraft treten. Doch läßt sich sein Schicksal im Repräsentantenhause, und ob es dasselbe ohne große Abänderungen passirt, nicht voraussehen. Die Majorität des Hauses ist für niedrige Zölle, aber die Schutzzöllner glauben im Senat die Majorität zu haben.

— 4. Febr. Der Senat hat die Debatte über die Silbercoursbill wieder aufgenommen. Es wurde noch ein neues Amendement eingebracht.

New-York, 4. Februar. Das Bureau für Handel und Transportwesen hat wegen der gegenwärtigen außergewöhnlich großen Circulation von Silber, das in den Banken nur schwer deponirt werden könne, eine Denkschrift an den Congreß gerichtet und sich in einer Resolution zu Gunsten der Goldwährung ausgesprochen. (W. T.)

Danzig, 6. Februar.

* Traject über die Weichsel. [Nach dem Aushange auf dem hiesigen Bahnhof.] Czerwinsk-Marienwerder: bei Tag und Nacht per Kahn und Prahm; Warlubien-Graudenz: zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Terespol-Kulm: per Kahn bei Tag und Nacht.

* Die Wahl des Hrn. Dr. Völkel in Marienwerder zum Director der hiesigen Handels-Akademie ist von der kgl. Regierung bestätigt worden. Hr. Dr. V. wird dieses Amt am 1. April antreten.

* Im Jahre 1878 werden für die Provinz Preußen die Prüfungstermine für Lehrer an Mittelschulen in den Tagen vom 11. bis 14. März und vom 16. bis 20. September, für Rectoren am 15. und 16. März und 21. September stattfinden.

* [Stadtverordneten-Sitzung vom 5. Febr.] (Schluß.) In seiner Vorlage, betreffend Herausgabe der zweiten Hälfte der von der Firma Aird gestellten Caution, hatte der Magistrat schon angedeutet, daß er in den Angaben, wodurch die Firma Aird ihr Gesuch um Auszahlung der 69 088 M. begründet, den contractmäßigen Nachweis, daß der Gewinn aus den Riesel-Anlagen und dem dortigen Landwirthschaftsbetriebe die Kosten für Unterhaltung der ganzen Canalisationsanlage während zweier Jahre überstiegen habe, nicht erblicke, daß ihn aber die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Herren Aird, sowie die hohen Aufwendungen, welche diese für die Rieselanlagen gemacht haben, zur Befürwortung ihres Antrages veranlasse. Nachdem der Vorsitzende das bezügliche Schreiben der Firma Aird verlesen, worin diese sich übrigens erbietet, an Stelle der baaren Caution einen Sola-Wechsel zu hinterlegen, nimmt das Wort zunächst Hr. Berenz: Er sei schon in der Kämmerei-Deputation gegen den Magistratsantrag gewesen, dort freilich in der Minorität geblieben. Er müsse hier seine Bedenken gegen die Magistratsvorlage wiederholen. Redner kann sich nicht denken, daß es den Herren Aird u. Co. besonders schwer fallen sollte, aus ihren Büchern den contractmäßigen genauen Nachweis zu führen. Ohne diesen Nachweis möchte er das Sicherheitsmittel der Caution nicht aus der Hand geben. Die Firma Aird sei gegenwärtig noch mit einer wichtigen Arbeit beschäftigt: der Anlage des Canals zwischen der Schnitenlake und den Rieselflächen. Dieser Canal solle das ganze Terrain entwässern. Er habe keinen Argwohn, daß Hr. Aird seine Verpflichtungen nicht erfüllen werde, aber die Stadt sei durch die Caution doch besser gesichert, als ohne eine solche. — Hr. v. Winter: Der Stadt erwachse aus der Zurückbehaltung der Caution kein Gewinn, da sie dieselbe Hrn. Aird mit 5 pCt. verzinsen müsse. Indessen der Magistrat erkenne ja an, daß er bei der gegenwärtigen Sachlage ohne Genehmigung der Versammlung die Caution nicht herausgeben dürfe. Hr. Aird könne den erforderlichen Nachweis jetzt nicht liefern, weil er ein zu gewissenhafter Mann sei, der nicht eine Rechnung aufmachen wolle, welche nicht auf den genauesten Grundlagen beruhe. Es sei bei der Buchführung übersehen worden, getrennte Conten für die Meliorations- und die Planirungs- und ähnliche Arbeiten zu führen, so daß sich jetzt die Ausgaben für die Rieselwirthschaft insbesondere nicht feststellen ließen. Niemand werde jedoch im Zweifel darüber sein, daß die Rieselfelder in den letzten Jahren schon 9000 Thlr. eingebracht hätten. Er und mit ihm das Magistrats-Collegium seien der Meinung, daß die Stadt Danzig keine Veranlassung habe, einem Manne wie Hr. Aird gegenüber die formelle Seite herauszukehren. Derselbe habe durch einen Kapitals-Aufwand, wie man ihn sicher nicht erwartet habe, jene öden Sandflächen heute schon in eine Anlage verwandelt, die einen Werth von 70—80 000 Thlrn. repräsentire, wenn die Stadt dieselbe heute übernehme. Alle diese Verhältnisse und die Gründe gerechter Billigkeit hätten den Magistrat zum Eingehen auf den Wunsch des Herrn Aird bewogen. Hrn. Berenz gegenüber müsse er bemerken, daß die Caution mit der Anlage des Canals nichts zu thun habe, da sie für diese nicht haftbar sei. — Hr. Breitenbach pflichtet der Ansicht des Magistrats bei. Die Versammlung könne heute schon genügend übersehen, daß die Betriebskosten für die Canalisation in den Einnahmen und der Bewirthschaftung der Rieselfelder ihre volle Deckung fänden. Als der Contract mit Herrn Aird gemacht wurde, wußte man nicht, ob sich ein erheblicher Ertrag aus den Rieselfeldern werde erzielen lassen, deshalb forderte man die Caution. Heute sei diese Sicherheit anderweitig, in dem bereits von Herrn Aird nachgewiesenen, durch seine Einrichtungen herbeigeführten Werth des Bodens, vorhanden. Dadurch sei die baare Caution hinreichend ersetzt. — Hr. Damme: Er sei gewiß durchdrungen von dem Vertrauen in die Coulanz und Gewissenhaftigkeit der Firma Aird, nichtsdestoweniger möchte er nicht so schnell über die Angelegenheit hinweggehen. Man könne nicht wissen, ob die Stadt immer mit einem so vertrauenswürdigen Manne wie Herr Aird zu thun habe. Die Stadt habe bezüglich der Canalisation und Riesel-Anlagen auf 30 Jahre mit der Firma contrahirt, die Inhaber derselben können wechseln und Niemand kann heute wissen, wer über Kurz oder Lang ihre Rechtsnachfolger sind. Die von Herrn Aird angegebenen Zahlen seien gewiß wahrheitsgetreu, aber das sei doch keine rechnungsmäßige Nachweisung. Nach Allem, was er von der gewissenhaften Sorgfalt und Voraussicht der Aird'schen Geschäftsverwaltung wisse, sei es ihm geradezu räthselhaft, daß dort die von Hrn. v. Winter erwähnte Sonderung in den Buchungen nicht beobachtet sei. Die jetzigen Zahlenangaben könnten ihm kein Bild geben. Er wünsche zu wissen, wie viel für die Rieselfelder verausgabt und wie viel vereinnahmt sei, ferner wie viel die Unterhaltung der Canalisation in der Stadt factisch koste. Herr Alexander Aird sei auch ihm persönlich ein sehr schätzenswerther Mann, er werde es demselben gegenüber an der größten Coulanz nicht fehlen lassen, aber eine Vervollständigung der Vorlage in dem angegebenen Sinne erscheine ihm unerläßlich, damit die Versammlung sich ein eigenes Urtheil über jene Anlagen bilden könne. — Hr. v. Winter: Auch ihm sei es auffällig, daß über die Ausgaben für die Rieselfelder nicht getrennte Conten geführt worden, aber Hr. Aird habe ja die Erklärung gegeben; es sei also nicht gut möglich, die betr. Mittheilungen einzuziehen. Formell seien die Herren Damme und Berenz ganz im Recht, indessen er sehe nicht ein, weshalb man nicht einem Manne entgegenkommen solle, der für diese Anlagen bereits einen so großen Kapitalsaufwand gemacht hat, der einen großen Theil seines Kapitals darin stecken hat. Dieser Kapitalsaufwand hafte ja der Stadt als Sicherheit, die Caution habe sonach kaum noch einen erheblichen Werth für dieselbe. — Hr. Steffens: Er sei nicht vertrauensselig, aber Hrn. Aird gegenüber, der das in ihn gesetzte Vertrauen stets aufs beste gerechtfertigt hat, könne man von der Caution jetzt wohl absehen, ohne die Sicherung der contractmäßigen Rechte der Stadt zu gefährden. Ob aus den Rieselfeldern jetzt schon 27 000 M. Reinertrag erzielt worden, sei ihm zweifelhaft, jedenfalls seien die überrieselten 600 Morgen jetzt schon gutes Land, das in Kürze diesen Ertrag gewähren werde. Er finde also keinen Grund, Herrn Aird im vorliegenden Falle nicht gefällig zu sein. — Herr Damme: Herr Steffens habe berichtet, daß der Reinertrag der Rieselfelder sich noch nicht auf 27 000 M., d. h. so viel wie die Unterhaltung des städtischen Canalisationsnetzes kostet, belaufe. Bei allem Vertrauen müsse man also doch auch vorsichtig sein. Unmögliches wolle er von Herrn Aird nicht verlangen, er wünsche von demselben nur die Zahlen zu erfahren, die er bieten könne. Dann werde er unter Umständen in seiner Gefälligkeit und Coulanz gegen Hrn. Aird noch weiter gehen als der Magistrat. — Hr. Martiny glaubt, daß es wohl darauf nicht ankomme, was die Firma Aird in die Rieselanlagen hineingesteckt habe, sondern welchen Reinertrag sie liefern, und ob dieser Reinertrag die Kosten des Betriebes der Canalisation decke? Nach dieser Richtung hin möchte er gern nähere Aufklärung erhalten. — Hr. Bertram erinnert daran, daß Hr. Aird sich ja zur Hinterlegung eines Sola-Wechsels an Stelle der baaren Caution bereit erklärt habe. Ein solcher Wechsel der Firma Aird sei doch ebenso gut wie baares Geld. — Herr Steffens bemerkt, daß er ausdrücklich nur gesagt habe, er bezweifle, daß speziell im vorletzten Jahre die Rieselfelder 27 000 M. Reinertrag gebracht hätten. Eine positive Wissenschaft darüber habe er nicht. Auf einen Wechsel als Sicherheit lege er bei der Natur der hier in Rede stehenden Sache keinen erheblichen Werth. Sei der Contrahent zahlungsfähig, dann brauche man keinen Wechsel, und sei derselbe nicht zahlungsfähig, dann nütze der Wechsel nichts. — Hr. v. Winter erachtet den Antrag des Herrn Damme, betreffend eine nähere Rechnungslegung seitens des Hrn. Aird, mit Ablehnung der Vorlage gleichbedeutend. Die Kosten der Anlage der Rieselfelder nachzuweisen, habe Hr. Aird gar keine Verpflichtung. Auf die ganze Dauer des mit Hrn. Aird eingegangenen Contracts-Verhältnisses werde man die Caution ja doch nicht einbehalten können. Nach zwei Jahren spätestens werde derselbe den contractmäßigen Nachweis führen und dann müsse man ihm die Caution ja herausgeben. Daß ein Boden, wie der auf den Rieselfeldern bereits geschaffene, und mit dieser bequemen, fast ganz kostenlosen Düngung nicht 15 Thaler pro Morgen Ertragswerth haben sollte, sei nach seinen Erfahrungen auf diesem Gebiet ganz unglaublich. Er getraue sich, diesen Ertrag ganz ohne Mühe dort herauszuwirthschaften. Aus privaten Mittheilungen, die ihm Hr. Aird gemacht habe, könne er übrigens den Brutto-Ertrag des vorigen Jahres auf ca. 70 000 M. angeben, wobei freilich ein größerer Theil der Producte nur nach den gangbaren Preisen geschätzt, noch nicht versilbert sei. — Hr. Damme hebt den letzten Ausführungen des Oberbürgermeisters gegenüber hervor, daß er die Vorlage nicht ablehnen wolle, daß auch er Hrn. Aird gern gefällig sein wolle, aber nicht mit verbundenen Augen, daß er vielmehr ein Freund der exacten Wissenschaft sei. — Hr. Davidsohn kann sich nicht denken, daß es dem Hrn. Aird so schwer fallen sollte, eine einfache Rentabilitätsrechnung über die Rieselwiesen aufzustellen. — Nachdem noch Herr v. Winter erklärt hatte, daß Hr. Alexander Aird auch nach seinem etwaigen Austritt aus der Firma der Stadt für die contractlichen Verbindlichkeiten persönlich hafte, Hr. Damme seinen Antrag zu der heute Morgen angegebenen Fassung vereinfacht hatte und Herr Breitenbach nochmals mit kurzen Worten gegen denselben, Hr. Gibsone für denselben eingetreten war, ward zur Abstimmung geschritten und dabei der Damme'sche Antrag, wie angegeben, gegen eine erhebliche Minorität angenommen.

* Nach dem vom Vorstande des hiesigen Vorschuß-Vereins bereits gefertigten Rechnungs-Abschluß für das vergangene Geschäfts-Jahr, welcher einer in den nächsten Tagen einzuberufenden Generalversammlung vorgelegt werden soll, beträgt der Brutto-Gewinn rund 63 000 M. Nach Abzug der 6700 M. betragenden Verwaltungskosten und der statutenmäßigen Abschreibung von 5 pCt. zum Reservefonds, welcher letztere sich dadurch auf ca. 16 000 M. erhöhen wird, verbleibt den Mitgliedern noch eine Dividende von 8 pCt. An Verlusten hat der, mit äußerster Vorsicht geleitete Verein nur 190 M. zu beklagen und es haben sich die, durch die eingetretenen Fallissements einiger Mitglieder gefährdeten Beträge bereits auf ca. 2000 M. reducirt. Der Gesammt-Umsatz im Jahre 1877 betrug über 6½ Millionen Mark.

* Der Beginn der diesjährigen, in Gemäßheit des Pferdeaushebungs-Reglements stattfindenden Pferdemusterung ist für die Provinz Preußen auf den 14. Februar anberaumt worden. Für den Stadtkreis Danzig wird eine Vormusterung am 14., 15. und 16. d. Mts. Vormittags, auf dem kleinen Exercierplatze neben der großen Allee stattfinden.

* Herr Landrath v. Gramatzki veröffentlicht in dem heutigen „Kreisblatt“ eine Bekanntmachung, in welcher er „bei der Wichtigkeit, welche mit Recht die öffentliche Meinung auf die schleunige Ergreifung des Raubmörders Julius Nagel aus Praust legt, die Amts- und Ortsvorsteher des Kreises und die Gensdarmen auf das Dringendste ersucht, keine Mühe Behufs Habhaftwerdung des Verbrechers zu scheuen und namentlich bei den anzustellenden Recherchen sich gegenseitig in ausgiebigster Weise zu unterstützen.“

* Hr. Fr. Schimanski, Inhaber des Geschäfts G. Springer Nachflgr., Holzmarkt 3, ersucht uns mitzutheilen, daß die in dem vorgestrigen Polizeibericht erwähnte Schlägerei zwischen Soldaten und Arbeitern nicht in seinem Local, sondern vor seinem Hause stattgefunden hat.

J Das amerikanische Marionettentheater des Herrn Lent im großen Saale des Bildungsvereinshauses war gestern nicht so besucht, wie es dies wohl verdient hätte; denn die Leistungen desselben sind in ihrer Art vorzüglich. Unsere deutschen Puppentheater geben im Großen und Ganzen noch immer dasselbe gemüthliche Repertoire, wie vor mehreren Generationen; unsere Kinder erfreuen sich an denselben Späßen, an denen wir selbst uns recht ergötzten, die neueren Fortschritte der Mechanik, die effectvollen Beleuchtungsarten werden wenig angewendet. Die Amerikaner bedienen sich aller Mittel der Neuzeit, ihre Productionen sind complicirter, wir möchten fast sagen raffinirter; der gebotene Stoff dagegen ist so unschuldig, daß das kindliche Gemüth dadurch in keiner Weise verletzt wird, weniger noch als in den nicht von volksthümlichen Derbheiten freien deutschen Puppenkomödien. Den Kindern namentlich wird von Herrn Lent des Ergötzlichen viel geboten; gestern gehörten die Zuschauer in der Mehrzahl den Erwachsenen an, und auch sie zeigten sich überaus befriedigt. Die von elektrischem Lichte beleuchtete Feerie ist so hübsch, daß z. B. des Ref. kleiner Sohn sich nicht davon abbringen läßt, er habe endlich einmal den Himmel, von dem er schon so viel gehört, in seiner ganzen Pracht und Herrlichkeit geschaut.

** [Polizeibericht vom 6. Februar.] Verhaftet: Arbeiter S. wegen Diebstahls, Frau K. wegen Einschleichens und Trunkenheit, 22 Obdachlose, 2 Bettler, 5 Dirnen, 1 Person wegen nächtlicher Ruhestörung. — Gestohlen: dem Assistenten H. ein Portemonnaie mit 9 M. sowie ein Paar Damenschuhe. Als herrenloses Gut im Criminal-Polizei-Bureau abgegeben: 2 goldene Damenmedaillons, schwarz emaillirt und 1 Paar Ohrgehänge. Die Sachen können im Crim.-Pol.-Bureau vom legitimirten Eigenthümer in Empfang genommen werden. — Verloren: eine kleine goldene Damenuhr mit einem kleinen Flecke auf dem Zifferblatte. — Gefunden: 1 schwarze Muffe unter dem hohen Thore, ein Kasten mit Kleidungsstücken in den Festungswerken bei Bastion Wieben (dieser wahrscheinlich von einem Bahnhofsdiebstahl herrührend).

* Elbing, 5. Februar. Der hiesige Gewerbe-Verein hat aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens, das am 16. Februar durch eine größere Stiftungsfeier begangen werden soll, den Oberpräsidenten v. Horn zum Ehrenmitgliede ernannt. Derselbe hat die Ehrenmitgliedschaft angenommen und seine Betheiligung an dem Jubel-Stiftungsfest zugesagt.

— Die diesjährige Prüfung der Lehrerinnen in Marienwerder wird in den Tagen vom 6. bis 10. Septbr. und die Prüfung der Schul-Vorsteherinnen am 11. September daselbst stattfinden. Die Abgangsprüfung in dem Lehrerinnen-Seminar des Directors Borrmann zu Graudenz findet in den Tagen vom 28. Mai bis 1. Juni statt.

* Dem Buhnenmeister und Eigenthümer Wölke zu Kurzebrack im Kreise Marienwerder und dem Schullehrer Schadwell zu Neplecken im Kreise Fischhausen ist das Allg. Ehrenzeichen, dem Schriftsetzer und Buchdruckereigehilfen Hermann Stendel zu Tilsit die Rettungsmedaille verliehen worden.

* Der Staatsanwaltgehilfe Krug zu Löbau in Westpr. ist zum Rechtsanwalt in Breslau ernannt worden.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 6. Februar. Der Reichstag wurde heute um 2 Uhr Nachmittags durch folgende, vom Minister Camphausen verlesene Thronrede eröffnet: „Ihre Thätigkeit wird in der bevorstehenden Session durch eine Reihe wichtiger Berathungsgegenstände in Anspruch genommen werden. Der Reichshaushaltsetat, der Ihnen unverzüglich zugehen wird, liefert abermals den Beweis, daß die unabweislichen Finanzbedürfnisse des ordentlichen Reichshaushalts in stärkerem Maße zunehmen, als die Erträgnisse der eigenen Einnahmequellen des Reiches. Den Bundesregierungen erscheint es nicht rathsam, Deckungen des Mehrbedarfs durch Erhöhung der Matricularbeiträge herbeizuführen; vielmehr weist die finanzielle Gesammtlage Deutschlands auf eine Verstärkung der eigenen Einnahmen des Reiches hin. In dieser Richtung werden Ihnen Gesetzentwürfe über die Erhebung von Reichsstempelabgaben und über eine höhere Tabacksbesteuerung vorgelegt werden. Soweit die außerordentlichen Ausgaben nicht durch besondere Einnahmen gedeckt sind, sind die Mittel auf dem Wege des Credites zu beschaffen. Der Entwurf eines Anleihegesetzes wird Ihnen zugehen. Zur Ausfüllung einer Lücke im Wortlaute der Verfassung soll ein zunächst noch der Berathung des Bundesraths unterliegender Gesetzentwurf dienen, welcher die Zulässigkeit einer Vertretung des Reichskanzlers in der Gesammtheit seiner Thätigkeit oder in einzelnen Zweigen derselben mit dem Rechte zur Gegenzeichnung außer Zweifel stellt. Die Thronrede zählt als weitere Vorlagen auf: den Entwurf einer Rechtsanwaltsordnung, welche den Zutritt zur Ausübung dieses wichtigen Berufs jedem Befähigten eröffnen solle, ohne darum die Bürgschaften zu vermindern, welche dem Stande der Rechtsanwälte im Reich bisher seine ehrenvolle Stellung sicherten; ferner Gesetzentwürfe über das gerichtliche Kostenwesen. Voraussichtlich werde auch die Mitwirkung des Reichstags zum Erlaß eines Gesetzes in Anspruch genommen werden, durch welches die betreffs der Einfuhrverbote bei Einschleppung der Rinderpest bestehenden Strafbestimmungen verschärft werden sollen. Die Klagen über die aus der Verfälschung der Lebensmittel und der Gegenstände des täglichen Gebrauchs sich ergebenden Gefahren haben an die Bundesregierungen die Pflicht herantreten lassen, Abhilfe durch die Reichsgesetzgebung zu schaffen. Unter Berücksichtigung der in der letzten Session bezüglich der Revision der Gewerbeordnung laut gewordenen Wünsche sind zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet, deren einer die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern neu regeln, der andere die rasche, sachgemäße Erledigung der gewerblichen Streitigkeiten durch Einsetzung besonderer Gewerbegerichte sichern soll. Beide Entwürfe sollen zur Beseitigung der Schwierigkeiten beitragen, mit denen der deutsche Gewerbefleiß bisher zu kämpfen hatte und welche bei der leider noch immer fortdauernden ungünstigen Lage der allgemeinen Verkehrsverhältnisse doppelt lästig erscheinen. Zum Bedauern des Kaisers haben die über die Erneuerung des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn gepflogenen Verhandlungen bisher nicht zum Ziele geführt. Um Zeit für die weiteren Verhandlungen zu gewinnen, ist der Vertrag einstweilen bis Ende Juni verlängert. Hoffentlich wird es in dieser Frist gelingen, eine Vereinbarung zu Stande zu bringen, welche den beiderseitigen handelspolitischen Interessen und dem freundnachbarlichen Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn entspricht. Zur Beurtheilung des Ganges dieser Angelegenheit wird Ihnen eine darauf bezügliche Denkschrift vorgelegt werden. — Bei der Eröffnung des vorjährigen Reichstags war noch nicht die Erwartung ausgeschlossen, daß die türkische Regierung aus eigener Entschließung zur Ausführung der Reformen schreiten werde, über welche die europäischen Mächte sich auf der Conferenz in Konstantinopel geeinigt hatten. Diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen. Der Kaiser hofft jedoch, daß nunmehr ein baldiger Friede die Grundsätze jener Conferenz zur Anwendung bringen und dauernd sicherstellen werde. Die verhältnißmäßig geringere Betheiligung der Interessen Deutschlands im Orient gestattet für die Politik des Reichs eine uneigennützige Mitwirkung an der Verständigung der betheiligten Mächte über die künftigen Garantien gegen eine Wiederkehr der orientalischen Wirren und zu Gunsten der christlichen Bevölkerung. Inzwischen hat die vom Kaiser vorgezeichnete Politik ihr Ziel bereits soweit erreichen können, als sie wesentlich dazu mitgewirkt hat, daß der Friede zwischen den europäischen Mächten erhalten ist und zu ihnen allen Deutschlands Beziehungen nicht nur friedliche, sondern durchaus freundschaftliche geblieben sind und mit Gottes Hilfe bleiben werden.“

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 5. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine ruhig. — Roggen loco flau, auf Termine ruhig. — Weizen pr. April-Mai 212 Br., 211 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 213 Br., 212 Gd. — Roggen pr. April-Mai 152 Br., 151 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 153 Br., 152 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste still. — Rüböl ruhig, loco —, pr. Mai pr. 200 ℔ 72½. — Spiritus fest, pr. Februar 39¾, pr. März-April 40¼, pr. April-Mai 41¼, pr. Mai-Juni pr. 1000 Liter 100 pCt. 41¾. — Kaffee ruhig, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum behpt., Standard white loco 11,00 Br., 10,80 Gd., pr. Februar 10,80 Gd., pr. August-Dezbr. 12,50 Gd. Wetter: Trübe.

Hamburg, 4. Februar. In der heutigen ordentlichen Generalversammlung der Actionäre der Anglo-Deutschen Bank wurde der Antrag des Aufsichtsraths, den Vorstand der Bank zu beauftragen, behufs Herabsetzung des Actienkapitals bis auf 11 Millionen, Actien im Gesammtbetrage bis zu 2 Millionen nominell zu erwerben und zu amortisiren, fast einstimmig angenommen.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 6. Februar.

Weizen loco feine unverändert, andere flau, pr. Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	130-134℔	240-260 M. Br.	170-235 M. bez.
hochbunt	128-131℔	230-245 M. Br.	
hellbunt	127-130℔	225-240 M. Br.	
bunt	125-128℔	215-225 M. Br.	
roth	120-134℔	200-225 M. Br.	
ordinair	105-130℔	170-200 M. Br.	
russisch roth	123-130℔	— M. Br.	
russisch ordinair	115-125℔	— M. Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 212 M.

Auf Lieferung 126℔. bunt pr. April-Mai 212 M. Gd., pr. Mai-Juni 215 M. Gd., pr. Juni-Juli 217 M. Gd.

Roggen loco unverändert, pr. Tonne von 2000℔

Inländischer und unterpolnischer 130—132 M., russischer 125—128 M.

Regulirungspreis 120℔ lieferbar 130 M.

Auf Lieferung pr. April-Mai unterpolnischer 140 M. Br., Inländischer 139 M. bez., pr. Mai-Juni unterpoln. 140 M. Br.

Gerste loco pr. Tonne von 2000℔ große 103—114℔ 150—169 M., russ. 103—105℔ 135 M., Futter- 101℔ 120 M.

Erbsen loco pr. Tonne von 2000℔ Mittel- 126 M.

Hafer loco pr. Tonne von 2000℔ 133 M. bez.

Kleesaat loco pr. Tonne von 200℔ schwedisch 136 M.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage 20,37 Br. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 104,60 Gd. 3½ pCt. Preuß. Staats-Schuldscheine 92,50 Gd. 3½ pCt. Westpreuß. Pfandbriefe, ritterschaftl. 83,00 Gd., 4 pCt. do. do. 95,30 Gd., 4½ pCt. do. do. 101,50 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 6. Februar 1878.

Getreide-Börse. Wetter: milde. — Wind: W.

Weizen loco brachte heute in den helleren Gattungen zwar unveränderte Preise, doch war die Kauflust im Allgemeinen nur schwach, abfallende Waare blieb schwer verkäuflich und ist billiger erlassen. Bezahlt wurde für Sommer 119—126℔ 175—196 M., roth strenge 130/1℔ 203 M., bunt und hellfarbig 122/23—126℔ 190 bis 212 M. glasig 126—129℔ 216—220 M., hellbunt 123—129℔ 205—222 M., hochbunt glasig 129—131℔ 220—225 M. pr. Tonne. Für russischen Weizen waren nur die besseren und weißen Gattungen zu unveränderten Preisen placirbar, rothe waren billiger bei schwacher Kauflust; abfallender 117—125℔ 170 M., roth milde besetzt 118—120℔ 175—182 M., besserer 121 bis 126℔ 196—205 M., roth Winter- zum Theil besetzt 123—125℔ 184—191 M., besserer 127℔ 194 M., Ghirka 127℔ 191 M., Victoria 126℔ 187 M., glasig roth 124 bis 127℔ 201, 202 M., besserer aber feucht 120℔ 208 M., glasig besetzt 127℔ 206 M., glasig 125, 127℔. 215, 222 M., gut bunt 125℔ 215, 218 M., hellbunt besetzt 125℔ 222 M., hellbunt 127℔ 228 M., fein hochbunt glasig 131/2℔ 235 M., weiß 126℔ 230 M. pr. Tonne. Termine ohne Angebot, April-Mai 212 M. Gd., Mai-Juni 215 M. Gd., Juni-Juli 217 M. Gd. Regulirungspreis 212 M.

Roggen loco ziemlich unverändert, inländisch und unterpolnisch 121℔ 132 M., 122/3℔ 132½ M., 124℔ 136 M., polnisch 118℔ 128 M., russisch 107℔ 112 M., 114℔ 122 M. pr. Tonne bezahlt. Termine inländisch Mai-Juni 139 M. bez. blieb inländischer und unterpolnischer April-Mai 140 M. Br., unterpolnischer Mai-Juni 140 M. Br. Regulirungspreis 130 M. — Gerste loco große 103℔ 150 M. 106℔ 162 M., 114℔ 169 M. pr. Tonne, russische 103/5℔ 135 M., 101℔ 120 M., Futter- mit Geruch 105 M. pr. Tonne bez. — Erbsen loco Koch- 142 M., russisch Mittel- 126 M. pr. Tonne. — Hafer loco 138 M. pr. Tonne bez. — Kleesaat loco schwedich brachte 136 M. pr. 200 ℔. — Spiritus loco zu 47,50 M. gekauft.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 5. Februar. Wind: WNW.

Angekommen: Marianne, Meyer, London, Ballast. — Alster (SD.), Körner, Leith, leer.

Gesegelt: Otto (SD.), Corry, Hull, Getreide und Oel.

6. Februar. Wind WNW.

Gesegelt: Blonde (SD.), Brockfch, London, Getreide.

Nichts in Sicht.

Thorn, 5. Februar. Wasserstand 2 Fuß 7 Z. Wind: W. Wetter: trübe, Thauwetter. Der Eisstand auf der Weichsel ist unverändert.

Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Stunde	Barometer-Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
5	4	336,58	+ 2,9	W., stürmisch, bedeckt.
6	8	337,36	2,4	WNW., mäßig, hell u. wolk.
	12	338,56	3,2	WNW., do. do. klar.

Heute Nachmittag 2 Uhr wurde uns ein Töchterchen geboren.
Praust, den 5. Februar 1878.
4585) **H. E. Kucks und Frau.**

Durch die Geburt eines kräftigen Jungen wurden erfreut
A. Mierau und Frau.
Hamburg, im Februar 1878. (4572

Gestern Abend 11 Uhr starb in Abwesenheit ihres Mannes Frau Schiffskapitain **Alice Grau** geb. **Strauss** aus Memel z. Z. hier, im vollendeten 20. Lebensjahre nach 7 tägigem Leiden im Wochenbett.
Dieses zeigen tiefbetrübt an
4640) **John Strauss** u. Frau nebst Familie.
Neufahrwasser, den 6. Februar 1878.

Mendelssohn's Trios
op. 49 und 66 C- und D-moll f. Pfte. Violine und Cello zusammen f. 2 M. 50 ₰ vorräthig bei
Hermann Lau, Langgasse 74, Musikalienhandlung und Leihanstalt.
Nach auswärts franco gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken.

Mein Preisverzeichniß pro 1878
versende auf gefällige Anfrage **gratis und franco.** Auch kann ein tüchtiger Gärtnergehilfe zum 15. d. Mts. oder zum 1. März bei mir eintreten.
J. L. Schäfer,
Handelsgärtner, Sandgrube 21 in Danzig.

Alten fetten Werderkäse
empfiehlt 4605
Julius Tetzlaff.

Birk- und Haselhühner,
Hasen, Rinderzungen offerirt Burgstr. 21.

Frische Kieler Sprotten, Elb-Caviar
empfing und empfiehlt (4648
Albert Meck, Heiligegeistgasse 29.

Zur gefäll. Beachtung.
Durch neuen vortheilhaften Gelegenheitskauf guter Stoffe wird
für 28 M. ein hocheleg. Gesellschafts- sogen. Interims-Rock,
für 42 M. ein feiner schwarzer Tuch-Anzug,
für 43 M. ein schwerer Winter-Anzug,
für 18 M. eine pikf. schwarze Hose u. Weste,
für 12 M. eine elegante Winterhose,
für 13 M. eine feine extra Militair-Hose mit Biese,
nur auf Bestell. nach Maaß angefertigt.
Die Anfertigung geschieht unter Leitung eines tüchtigen Zuschneiders und wird für solide Arbeit und guten Sitz garantirt.
Bestellungen erbeten
Heil. Geistg. 59, 1. Etage, gegenüber dem Gewerbehause. (4621

Eine recht geübte Wäschearbeiterin empf. sich z. Anfertigung v. Ausstattungen. Adr. unt. 4609 i. d. Exp. erb.

Cajetan Pachner
Marburg a. D.
Feigen-Caffee-Export-Fabrik
empfiehlt den geehrten Hausfrauen ihren als vorzüglich anerkannten durch goldene und silberne Preismedaillen vielfach prämiirten
Indischen Feigen-Caffee
unter Bezug auf anliegendes Beiblatt angelegentlichst.
Derselbe ist zu haben in allen größeren Colonialwaaren-Handlungen
4639) **Danzigs.**

Strohhüte
zur Wäsche und Modernisirung befördert
Adolph Hoffmann,
Gr. Wollwebergasse 11.
Große Auswahl der neuesten und besten Façons zur gefäll. Ansicht.

Elegante
Masken-Garderoben

für Damen und Herren, Dominos, Kutten, Gesichtslarven und Cotillon-Orden empfiehlt
Louis Willdorff,
Ziegengasse 5. (4634

130 kernfette Hammel und Schafe verkäuflich in **Gr. Böhlkau.** (4582

Ein fast neuer leichter
Halbverdeckwagen
mit **Patentachsen** ist billig **Vorstädt. Graben 65** zu haben. (4591

Ein tafelförm. Pianino,
7 Oct. kr. Ton zu verk. Vorst. Grab. 24, 2.

Ein gut erhaltener Flügel ist Langgasse No. 37, 1 Tr. hoch, zu verkaufen und von Morgens 9 bis Mittags 12 Uhr zu besehen (4616

Ein Rechnungsführer,
gew. Buchhalter u. Amtssecret. mit **vorzügl.** Zeugnissen und Referenzen sucht Stellung auf einem größeren Landgute.
Gef. Offerten unter **G. W. 56** postlagernd Danzig erbeten. (4642

Kiehl & Pitschel,
Danzig, Langgasse 29,
Leinenhandlung & Wäschefabrik
empfehlen nach beendeter **Inventur** folgende Waaren
zu zurückgesetzten Preisen:

Einen Posten **Hanfleinen**, Stück 50 Ellen von 13 M. 50 ₰ an,
" " **Bielefelder Leinen**, Stück von 22 M. 50 ₰ an,
" " **Ungeklärte Creas**, Stck. von 24, 27—30 M.,
" " **Herren- und Damen-Taschentücher, rein Leinen**, à Dtzd. von 3 Mrk. an,
" " **Kindertücher**, à Dtzd. von 2 Mrk. an,
" " **Creas-Handtücher, rein Leinen**, à Dutzend von 5 Mrk. 50 Pfg. an,
" " **Küchen-Handtücher, grau**, à Elle 15 Pfg.,
" " **Dessert-Servietten, grau u. gelb**, à Dtzd. 3 M.,
100 Stück **Shirting und Chiffon**, 30 Ellen lang, à Mrk. 6, 7,50, 9 und 10,50,
100 Stück **Dowlas**, 30 Ellen lang, à Mrk. 6, 7,50, 9, 10,50 und 12 Mark,
100 Stück **Satin zu Jacken und Pantalons**, 30 Ellen lang, à Mrk. 7,50, 9, 12 und 15.
30 Dutzend **Bettdecken mit Frangen**, Paar von M. 4,50 an,
50 " **Servietten**, à Dtzd. von Mrk. 4,50 an,
5 " **gestickte Tischdecken**, 3 Mrk. pr. Stück, **rothe Tischdecken**, à Stück von Mrk. 2,50 an,
Einen Posten einzelner **Tischtücher**, à St. von 1 Mrk. an,
" " **Gedecke mit 6 Servietten** von 5 Mrk. an,
" " do. 12 do. " 10 Mk. 50 Pf. an,
" " **blaue Hüftenschürzen**, à 1 Mrk.,
" " **baumwollene Züchen**, à Elle von 20 Pfg. an,
" " **leinene Züchen**, à Elle von 40 Pfg. an,
" " **Bettdrell, grau und roth**, Elle von 80 Pfg. an,
" " **Schürzenzeuge**, à Elle 40 Pfg.,
" " **Oberhemden**, vorne zum Knöpfen, verkaufen, um damit zu räumen, unter Inventur-Preis,
" " **Damen-Hemden, halb Leinen**, von 1 M. 50 ₰ an, dieselben garnirt 1 Mrk. 60 Pfg.,
" " **Herren-Umlegekragen**, à Dtzd. 2 M. in Shirting,
" " **Leinene Herrenkragen** in verschiedenen Façons, à Dutzend 3 Mrk.,
" " **Shirting-Manschetten**, à Paar 20 Pfg.,
Leinene do. do. 50 Pfg.

Kiehl & Pitschel,
29. Langgasse 29. (4614

Angesichts der bedauerlichen Vorfälle in der Fleischwaarenbranche fühle ich mich zu der Erklärung verpflichtet, daß es mir von jeher Ehrensache war, meine sämmtlichen Artikel frei von jedem Zusatz anzufertigen; ebenso daß in meiner Fabrik die seit vielen Jahren hier obligatorische Trichinenschau von vereideten Sachverständigen auf das Gewissenhafteste gehandhabt wird.
Mein langjähriger Vertreter für Danzig ist Herr Gustav Nollner, der gern weitere Auskunft ertheilt.
Gotha, den 29. Januar 1878.
Hochachtungsvoll
Heinrich Auerbach,
4440 Hoflieferant.

Nach beendeter Inventur habe ich zu bedeutend herabgesetzten Preisen zum Ausverkauf gestellt:
Winter-Mäntel, Frühjahrs-Paletots, Sammet-Jaquets, Regen-Mäntel, Cachemir-Umhänge und Fichus, Franz. Long-Châles u. wollene Tücher.
S. Baum.
(4603

Ausverkauf
wegen Aufgabe des Geschäfts.
Um Auctionskosten zu sparen und schnell zu räumen, empfehle ich elegante
Stoffe zu Winter- u. Sommer-Ueberziehern.
Stoffe zu ganzen Anzügen für Herren und Knaben; auf Wunsch gutsitzende und billige Anfertigung.
1000 Mützen für Herren und Knaben von 15 Sgr. an.
Hüte für Herren und Knaben in Filz und Stoff, hochfeine Cylinder von neuester Mode, 1878.
Uebertücher in Seide und Wolle, Shlipse, Hosenträger.
Englische Unterkleider, die bei der Wäsche nicht eingehen.
Regenschirme in Seide und Zanella enorm billig.
Erfurter Damenschuhe. Hausschuhe von 10 Sgr. ab. Serge-Stiefel, gefüttert und ungefüttert, von 1 Rt. ab. Kinderstiefel von 10 Sgr. ab.
Elegante Leder- und Serge-Stiefel mit Elastik für Damen.
Englische Gummi-Schuhe und Boots für Damen und Herren.
Langgasse 69. H. A. Holst, Langgasse 69
Die Laden-Einrichtung ist daselbst billig zu verkaufen. (4615

Pilsener Bier 15 Fl. 3 Rmk.
Erlanger Exportbier 15 Fl. 3 Rmk.
Braunsberger Bergschlößchen 25 Fl. 3 Rmk.
4601) **Robert Krüger, Hundegasse 34.**

Commis gesucht
für ein hiesiges Colonialwaaren-Geschäft. Eintritt am 1. März cr. Meldungen mit Abschrift der Zeugnisse werden unter 4575 i. d. Exp. d. Ztg. angenommen

Tüchtige Colporteure
können sich melden unter 4604 in der Exp. d. Zeitung.

Ein tüchtiger Gehilfe
(poln) f. Leinen-Br. ges. i. Danzig mit Geh. u. Tantieme. Adr. u. 4612 in. d. Exp. erb.

Eine Dame, welche längere Jahre Erzieherin gewesen ist, wünscht gleich oder zum 1. April eine Stelle als Repräsentantin oder Gesellschafterin. Adr. unter 1719 erbeten Oliva postlagernd.

Ein junger Mann, der bereits mehrere Jahre im Getreide-Commissions-Geschäft thätig gewesen ist, gleichzeitig auch Kenntnisse von der Versicherungsbranche hat, sucht per 1. April oder auch früher anderweitiges Engagement. Adressen erbeten unter 4553 i. d. Exp. d. Danz. Ztg.

Eine gebildete musikalische Dame, die in allen Zweigen der Hauswirthschaft erfahren ist, sucht gestützt auf die besten Empfehlungen zum 1. April d. J. eine Stelle als Repräsentantin der Hausfrau und zur Erziehung mutterloser Kinder.
Adr. bittet man unter 3122 in der Exp. d. Ztg. abzugeben.

Eine für die oberen Klassen höherer Töchterschulen geprüfte Lehrerin (musikalisch), wünscht zu Ostern in einer Provinzial-Stadt, unter Garantie eines festen Gehalts, die Töchter mehrerer Familien zu unterrichten.
Adressen unter 4542 in der Exp. der Danz. Ztg. erbeten.

Pension.
Junge Mädchen finden zu Ostern noch Aufnahme in meinem Pensionat; Herr Director **Dr. Neumann**, Frl. **Mannhardt**, Frl. **Nagel** u. Frl. **Bertling** werden die Güte haben, nähere Auskunft zu ertheilen. Englische und französische Conversation vom 1. März noch besonders geleitet durch **Miss Webb.** **W. Drewke** geb. **Voeszoermeny.**

Bezugnehmend auf obige Annonce empfehle ich mich als geprüfte Lehrerin der englischen und französischen Sprache, welche letztere ich 3 Jahre in Paris studirt habe und bin vom 1. März ab bei Frau **Drewke**, Gerbergasse 2, II. zu sprechen. Referenz: Herr General von Schmeling, Gouvernementsh.
4633) **Florence Webb.**

In einer mosaischen Familie finden einige Pensionäre gute Aufnahme.
4627) **Hundeg. 7, 3 Tr.**

Ein Pferdestall für 2 Pferde nebst Kutscherkammer und Futterboden, auf Wunsch auch Hof und Wagenschuppen ist in der Nähe der Milchkannengasse zum 1. April cr. zu vermiethen. Näheres Brodbänkengasse 18. (4624

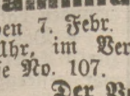
Der große Laden Langenmarkt 20
mit 2 Schaufenstern ist von sogleich oder April zu vermieth. Näh. Fischmarkt 15.

Hundegasse 55 ist zum 1. April c. die große Saal-Etage zu verm. Besichtigung nur Vormittags von 11—1 Uhr. Näh. Breitg. 91 im Comtoir.

Eine Wohnung
am Winterplatz 12/13 in der 1. Etage von 4 Zimmern, Küche, Keller, Bodenraum, gemeinschaftliche Waschküche und Trockenboden, zum 1. April zu vermiethen. (4613

Unsere Herren Rübenlieferanten werden hierdurch ersucht, bis zum 14. d. Mts. uns ihre Erklärung darüber zugehen zu lassen, ob der Rest der noch nicht abgefahrenen Schnitzel von ihnen abgeholt werden wird, oder ob sie wünschen, daß das sie noch treffende Quantum für ihre Rechnung verkauft werden soll.
Liessau, den 2. Februar 1878.
Actien-Zuckerfabrik Liessau.
Die Direction:
C. Stobbe. Th. Tornier. Otto Nieß.

Turn- u. Fecht-Verein.
Donnerstag, den 7. d**s**., Abends 9 Uhr, ordentl. Haupt-Versammlung in der Turnhalle, Gertrudengasse. Tages-Ordn.: Kassenbericht, Wahl 2c.
Der Vorstand.


See-Schiffer-Verein.
Versammlung
Donnerstag, den 7. Febr. cr., Nachmittags 2 Uhr, im Vereins-Lokal Heiligegeistgasse No. 107.
Der Vorstand.

Hall's Restaurant
103. Altstädt. Graben 103.
empfiehlt seine Localitäten bei neuer freundl. Bedienung dem geehrt. Besuche.

Jeden Mittwoch
Königsberger Rinderfleck
empfiehlt
Julius Frank, Brodbänkeng. 44.

Güter-Kauf-Gesuch.
Einen Gütercomplex v. 13000 bis 14000 Morgen mit 5000 bis 6000 Morgen Forst bei ca. 600000 Mk. Anzahlung sucht schleunigst zu kaufen
Th. Kleemann, Danzig, Brodbänkengasse 33.

Zinglershöhe sind herrschaftliche Wohnungen zu vermiethen.

Philharmonische Gesellschaft.
Sonnabend, den 9. Februar cr.,
im Apollo-Saale
CONCERT.
1. Beethoven, Streichtrio op. 9 D-dur.
2. Schumann, Clavier-Quartett, Es-dur.
3. Mendelssohn-Bartholdy, Octett für Streichinstrumente.
Das Nähere wurde den Mitgliedern durch Circular mitgetheilt.
Beitrittsanmeldungen sind bei **F. A. Weber,** Buch-, Kunst- u. Musikalien-Handlung, abzugeben. (4622

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.
Donnerstag, den 7. Februar.
Großes CONCERT.
Zur Aufführung gelangt unter andern die **C-moll-Sinfonie v. Beethoven.**
Entree wie gewöhnlich. Anfang 7 Uhr.
4637) **H. Laudenbach.**

Heute ist die Kegelbahn
Burgstraße No. 21 frei. (4617


Im großen Saale des Bildungsvereins,
Lent's
weltberühmte amerik. Marionetten.
Donnerstag, den 8. Februar, vorletzte Vorstellung.
Freitag, den 9. Februar, letzte und Abschieds-Vorstellung.
Anfang 7½ Uhr. (4638

Stadt-Theater.
Donnerstag, den 7. Februar. (Abonn. susp.) Benefiz für Herrn **Norbert. Rose und Röschen.** Schauspiel in 4 Acten von Ch. Birchpfeiffer. Hierauf: **Die schöne Galathe.** Operette in 1 Act von Suppé.
Freitag, den 8. Februar. (6. Ab. No. 6.) Zum 3. Male wiederholt mit vollständig neuer Ausstattung: **Armin.** Große heroische Oper in 5 Acten von Felix Dahn. Musik von Heinrich Hoffmann.
Sonnabend, den 9. Februar. (Abonn. susp.) **Zu halben Preisen: Wilhelm Tell.** Schauspiel in 5 Acten von Friedrich v. Schiller.

Wilhelm-Theater.
Langgarten 31.
Donnerstag, den 7. Februar 1878:
Große humoristische Vorstellung.
Auftreten des gesammten Schauspiel-, Sänger- und Künstler-Personals.
Gastspiel sämmtlicher Künstler-Specialitäten.
7tes Auftreten des Damen-Komikers
Hrn. **Albert Ohaus.**
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Tages-Billet-Verkauf von 11—1 Uhr im Wilhelm-Theater. **Die Direction.**

Vauxhall
31, Langgarten 31,
(früher Selonke.)
Donnerstag, den 7. Februar 1878:
Grand Ball.
Anfang 9½ Uhr. Entree: Herren 1 Mk., Damen 50 Pf.

Albertvereins-Lotterie zu Dresden Hauptgewinn M. 3000. Die Ziehung beginnt unwiderruflich 11. Februar c., und werden während der 14tägigen Dauer derselben täglich Gewinnlisten ausgegeben. Loose à 5 M. Der Verkauf dieser Loose wird in wenig Tagen geschlossen.
Schleswig-Holsteinsche Lotterie, 3. Klasse Ziehung 1. März cr., Loose M. 3.
Fröbel-Lehrerinnen-Seminar-Lotterie, Ziehung 12. März, Loose à 3 M.
Inowraclawer Pferde-Lotterie, Ziehung 17. April cr., Loose à M. 3 — bei
4620) **Th. Bertling,** Gerberg. 2.

Verantwortlicher Redacteur H. Rödner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 10792 der Danziger Zeitung.

Danzig, 6. Februar 1878.

Danzig, 6. Februar.

⅄ Im Bildungs-Verein hielt am Montag Abend Herr Gasdirector Henning einen Vortrag über Leuchtgas und seine Bereitung. Nachdem der Redner in der Einleitung die Gewinnung des Kohlenstoffs. des eigentlichen Trägers des Lichtes, erklärt hatte, beschrieb derselbe durch Wort und Zeichnung die Darstellung des Leuchtgases aus Steinkohlen. Die Verwerthung der Rückstände, obgleich bereits zu hoher Stufe gelangt sei noch nicht ganz gelungen, da z. B. der in den Rückständen nachgewiesene Schwefel bis jetzt nicht auf billige Weise zu gewinnen sei und deshalb mit fortgeworfen werde. Dagegen haben andere Rückstände vielseitige Ausbeutung erfahren. So der Theer, in welchem schon 1826 Anilinfarben nachgewiesen seien, deren endliche vollkommene Darstellung erst 1856 dem Engländer Perkins gelungen sei, welche Erfindung diesen zum vielfachen Millionär gemacht habe. Unsern Mitbürgern den Herren Pfannenschmidt u. Krüger sei es gelungen, aus bisher weggeworfenen Rückständen auf billige Weise bedeutende Mengen Berlinerblau zu gewinnen, welches für die Papierfabrikation von großem Werthe sei. Die genannten Herren sollen beabsichtigen, die Patentirung ihrer Erfindung nachzusuchen. Außer andern Nebenproducten, als Benzin, Ammoniak u. s. w. erwähnte Redner noch des bekanntesten derselben, des Coaks, dessen Heizwerth zu dem der Steinkohlen sich wie 5 zu 6 verhalte. — Am nächsten Montag wird Hr. Henning in Anschluß an diesen Vortrag über die Verwendung des Leuchtgases sprechen.

* Der Landrath Steinmann zu Stuhm ist auf seinen Wunsch nach Zell an der Mosel, im Regierungsbezirk Coblenz, versetzt worden.

Kulmsee, 2. Februar. In voriger Woche trafen hierselbst ein Maschinenfabrikant und zwei Architekten aus Thorn ein, um mit dem Vorstande des Landwirthschaftlichen Vereins über den Bau einer Rübenzuckerfabrik Rücksprache zu nehmen. Ueber das Ergebniß der Verhandlungen ist nichts bestimmtes bekannt, doch dürfte der Plan, eine Zuckersiderei zu errichten, mit dem Projekt einer Secundärbahn in Zusammenhang stehen. (G.)

* Pr. Stargard, 3. Februar. Bei Behörden wie bei Privaten hat neuerdings die vorstehende Schreibart des hiesigen Ortes immer allgemeiner Eingang gefunden, nachdem durch historische Forschungen nachgewiesen worden war, daß das „t" am Schlusse eine überflüssige Zuthat ist, die sich unser Ort erst im Laufe der letzten Jahrhunderte beigelegt hat. Insbesondere hatten die Postbehörde, das hiesige Landraths-Amt, die königl. Ostbahn-Direction, das königl. statistische Bureau in Berlin, einige Ministerialbehörden, das Bureau des Abgeordnetenhauses und die Redaction des amtlichen „Reichs- und Staats-Anzeiger" sich der reactivirten Schreibweise „Pr. Stargard" angeschlossen. Der hiesige Magistrat blieb trotzdem bei „Pr. Stargardt" und neuerdings hat er in einer Circular-Verfügung die Lehrer des hiesigen Orts ersucht, auf Beibehaltung dieser Schreibweise hinzuwirken. Daß die Gründe, welche der Magistrat dafür angiebt, besonders triftige seien, kann man nicht gerade behaupten. Sie bestehen darin, daß der Name der Stadt „erweislich schon im Jahre 1706 „Stargardt" geschrieben und diese Schreibart bis auf den heutigen Tag vom Magistrat beibehalten" und daß diese Schreibart zur Unterscheidung von Pomm. Stargard sehr nützlich sei. Diese Unterscheidung dürfte aber doch wohl durch die Bezeichnung „Pr." Stargard schon genügend ausgedrückt sein.

Bromberg, 4. Februar. Die ungenügende Umwährung landwirthschaftlicher Maschinen hat in unserem Kreise wieder ein Menschenleben zum Opfer gefordert. In Adl. Kruschin gerieth, wie die „Br. Ztg." mittheilt, ein an der Häckselmaschine beschäftigtes Mädchen beim Stroheinlegen durch einen Fehltritt in das Getriebe der Maschine. Es wurde der Unglücklichen beide Beine zermalmt und in wenigen Minuten trat der Tod an Verblutung ein.

Meteorologische Depesche vom 5. Februar.

8 Uhr Morgens.

	Barometer.	Wind.		Wetter.	Temp. C.	Bem.
Aberdeen	771,6	WSW	still	wolkenl	1,7	1)
Copenhagen	765,7	NW	stark	wolkig	2,8	
Stockholm	754,8	WSW	stark	bed.	2,6	
Haparanda	745,1	W	leicht	h. bed.	— 6,6	
Petersburg	749,8	S	mäßig	Schnee	— 8,2	
Moskau	762,6	S	still	bed.	—19,4	
Cork	774,7	SO	schwach	bed.	6,7	2)
Brest	774,5	S	still	bed.	4,0	
Helder	775,5	W	leicht	bed.	5,1	
Sylt	771,6	W	schwach	heiter	3,0	
Hamburg	773,3	W	leicht	bed.	3,1	3)
Swinemünde	768,4	WNW	mäßig	wolkig	2,5	4)
Neufahrwasser	762,9	NW	mäßig	bed.	2,3	
Memel	759,6	WNW	stark	bed.	1,6	5)
Paris	776,3	ONO	mäßig	h. bed.	— 0,1	
Crefeld	777,0	NNW	leicht	Nebel	1,5	
Karlsruhe	776,5	NO	still	wolkenl	— 6,0	6)
Wiesbaden	776,3	N	schwach	wolkig	— 3,8	7)
Cassel	777,1	SSO	still	Dunst	0,6	
München	775,3	—	still	Nebel	— 9,0	
Leipzig	776,2	W	schwach	Nebel	0,2	8)
Berlin	772,2	W	frisch	bed.	2,9	
Wien	773,8	W	leicht	bed.	— 1,0	
Breslau	770,4	W	stark	bed.	0,5	

1) See ruhig. 2) Seegang leicht. 3) Neblig. 4) Seegang mäßig. 5) See unruhig. 6) Reif. 7) Reif. 8) Nachts Schnee.

Barometer im Nordosten gefallen, im Süden gestiegen, ein Gebiet sehr hohen Drucks erstreckt sich von Island bis Ungarn, während ein barometrisches Minimum vom Ocean nach Nordfinnland fortgeschritten ist. Die dadurch bedingte theilweise stark westliche und nordwestliche Luftströmung über Skandinavien und Norddeutschland hat dahin wärmere Luft vom Ocean und Thauwetter bis nach Riga gebracht. Dagegen ist in Süddeutschland bei klarem Himmel ziemlich starker Frost eingetreten. Von vielen Orten wird Nebel gemeldet.

Deutsche Seewarte.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Bremen, 5. Febr. (Schlußbericht.) Petroleum ruhig. Standard white loco 11,40, pr. Febr. —, pr. März 11,40, pr. April 11,50 bez., pr. September 12,50, pr. August-Dezember 12,65.

Frankfurt a. M., 5. Febr. Effecten-Societät. Creditactien 197⅝, Franzosen 225¼. neueste Russen 85 7/16, Goldrente 64 9/16. Ziemlich fest.

Amsterdam, 5. Februar. [Getreidemarkt] (Schlußbericht.) Weizen pr. März 317. Roggen pr. März 178, pr. Mai 182.

Wien, 5. Febr. (Schlußcourse.) Papierrente 64,50, Silberrente 67,30, Oesterreichische Goldrente 75,60, Ungarische Goldrente 92,70, 1854r Loose 108,80, 1860er Loose 113,70, 1864er Loose 138,50, Creditloose 162,00, Ungar. Prämienloose 78,50, Creditactien 230,10, Franzosen 261,25, Lomb. Eisenbahn 78,75, Galizier 245,75, Kaschau-Oderberg. 106,50, Pardub. 91,50, Nordwestb. 110,25, Elisabethbahn 166,00, Nordbahn 1985,00, Nationalbank 811,00, Türkische Loose 14,75, Unionbank 67,25, Anglo-Austria 103,25, Deutsche Plätze 57,85, Londoner do. 118,65, Pariser do. 47,15, Amsterdamer do. 97,70, Napoleons 9,44½, Dukaten 5,60, Silbercoupons 103,65, Marknoten 58,32½.

London, 5. Februar. [Schluß-Course.] Consols 95⅞. 5pCt. Italienische Rente 73⅞. Lombarden 6 1/16. 3pCt. Lombard.-Prioritäten alte 9½. 3pCt. Lomb.-Priorit. neue 9¾. 3pCt. Russen de 1871 85¾. 5pCt. Russen de 1872 85¼. 5pCt. Russen de 1873 84⅞. Silber 54. Türkische Anleihe de 1865 8⅝. 5pCt. Türken de 1869 8½. 5pCt. Vereinigte Staaten pr. 1885 —. 5pCt. Vereinigte Staaten 5 pCt. fundirte 105. Oesterreichische Silberrente —. Oesterreichische Papier-Rente —. 6pCt. ungarische Schatzbonds 99¾. 6pCt. ungarische Schatzbonds 2. Emission 94. 6pCt. Peruaner —. Spanier 12¾. — Wechselnotirungen: Berlin 20,55. Hamburg 3 Monat 20,55. Frankfurt a. M. 20,55. Wien 12,05. Paris 25,32. Petersburg 26⅛. — Platzdiscount 1½ pCt.

Liverpool, 5. Februar. [Baumwolle.] (Schlußbericht). Umsatz 10000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig. Futures 1/32 d billiger.

Liverpool, 5. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen 2 d., Mehl und Mais 6 d. billiger. — Wetter: Schön.

Paris, 5. Febr. (Schlußbericht.) 3pCt. Rente 73,45, Anleihe de 1872 109,70, Italienische 5pCt. Rente 74,42½, Oesterreich. Goldrente 65⅜, Ungarische Goldrente 79½, Franzosen 557,50, Lombardische Eisenbahn-Actien 171,25, Lombard. Prioritäten 239,00, Türken de 1865 8,80, Türken de 1869 44,40, Türkenloose 31,00, Russen de 1877 87,00, Credit mobilier 162, Spanier exter. 12½, do. inter. 11⅞, Suezcanal-Actien 773, Banque ottomane 873, Société generale 465, Credit foncier 639, neue Egypter 145, Wechsel auf London 25,14½.

Paris, 5. Februar. Productenmarkt. Weizen behpt., pr. Febr. 30,25, pr. März-April 30,50, pr. Mai-Juni 30,75, pr. Mai-August 30,75. Mehl steigend, pr. Februar 67,00, pr. März-April 67,00, pr. Mai-Juni 66,85, pr. Mai-August 66,75. Rüböl fest, pr. Febr. 99,00, pr. März 98,25, pr. April 98,00, pr. Mai-August 95,50. — Spiritus behauptet, pr. Febr. 57,00, pr. Mai-August 57,75.

Petersburg, 5. Februar. (Schlußcourse.) Londoner Wechsel 3 Monat 26 7/16. Hamburger Wechsel 3 Monat 225½. Amsterdamer Wechsel 3 Mon. 133⅝. Pariser Wechsel 3 Monat 277⅞. 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 236½. 1866er Prämien-Anl. (gestplt.) 233. ½-Imperials 7,48. Große russische Eisenbahn —. Russische Bodencredit-Pfandbriefe 110¾. Russen de 1873 120. Privatdiscont 4½ pCt.

Petersburg, 5. Februar. Productenmarkt. Talg loco 58,00. Weizen loco 14,00. Roggen loco 8,75. Hafer loco 5,00. Hanf loco 42,00. Leinsaat (9 Pud) loco 16,00. — Wetter: Frost.

Antwerpen, 5. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt. Roggen ruhig. Hafer vernachlässigt. Gerste ruhig. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28½ bez. und Br., pr. Februar 28¼ bez. 28½ Br., pr. März 28½ Br., pr. September 31 bez., 31¼ Br., pr. Sept.-Dezember 31½ bez., 31¾ Br.

Newyork, 4. Febr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81¾ C., Goldagio 2, 5/20 Bonds 5pCt. fund. 104⅛, 5/20 Bonds pr. 1887 105⅛, Eriebahn 9½. Central-Pacific 105, Newyork Centralbahn 105¼. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11⅛, do. in New-Orleans 10⅝. Petroleum in Newyork 12¾, do. in Philadelphia 12½, Mehl 5 D. 10 C., Rother Winterweizen 1 D. 33 C., Mais (old mixed) 60 C. Zucker (fair refining Muscovados) 7⅜, Kaffee (Rio-) 16⅜, Schmalz (Marke Wilcox) 8⅛, Speck (short clair) 6 C. Getreidefracht 5¾.

Productenmärkte.

Königsberg, 5. Februar. (v. Portatius & Grothe.) Weizen pr. 1000 Kilo hochbunter 122℔ 197,75, russ. 125℔ 216,50 ℳ bez., rother russ. 123℔ 183,50, 124℔ 183,50, 125℔ 185,75, 129℔ 197, 130℔ 193, 200, Girka 114℔ 168,25, 117/8℔ 171,75, 118℔ 174, 121/2℔ 176,50 ℳ bez. — Roggen pr. 1000 Kilo inländischer 115℔ 121,25, 119/2℔ 126, 123℔ 132,50, 123/4℔ 133,75, 124℔ 135 ℳ bez., fremder 112/3℔ 117 ℳ bez., Februar 130 ℳ Br., 127 ℳ Gd., Frühjahr 137 ℳ Br. 135 ℳ Gd. — Gerste pr. 1000 Kilo große 137, 148,50, russ. 120, 124,25, Graupen- 165,75 ℳ bez., kleine 122,75, russ. 120 ℳ bez. — Hafer pr. 1000 Kilo geschäftslos. — Erbsen pr. 1000 Kilo weiße 131, 131,50 ℳ bez., graue 127,75 ℳ bez. — Wicken pr. 1000 Kilo 112,25, 115,50 ℳ bez. — Spiritus pr. 10 000 Liter pCt. ohne Faß in Posten von 5000 Liter und darüber loco 50 ℳ bez., Febr. 50½ ℳ Br., 50 ℳ Gd., März 51½ ℳ Br., 51 ℳ Gd., Frühjahr 52 ℳ bez., Mai-Juni 52½ ℳ bez., Juni 54 ℳ Br., 53½ ℳ Gd., Juli 54¾ ℳ Br., 54¼ ℳ Gd., August 54¼ ℳ Br., 54¾ ℳ Gd.

Stettin, 5. Febr. Weizen pr. Frühjahr 207,00 ℳ, pr. Mai-Juni 208,50 ℳ — Roggen pr. Frühjahr

142 50 M., pr. Mai-Juni 142,00 M — Hafer pr. Frühjahr —. — Rüböl 100 Kilogr. pr. Februar 71,75 M., pr. April-Mai 71,00 M — Spiritus loco 48,20 M., pr. Februar 48,20 M., pr. April-Mai 50,50 M — Petroleum loco 12,50 M

Breslau, 5. Febr. Kleesamen ohne Aenderung, rother feine Qualitäten gut gefragt, pr. 50 Kilog. 32—42—47—52 M., weißer ruhig, 40—44—57—66 bis 70 M., hochfein über Notiz. Thymothee unverändert, pr. 50 Kilog. 18—20—23 M.

Berlin, 5. Februar. [Originalbericht v. C. Faltin.] Die heute hier verbreitete Nachricht von Wiedereröffnung der Häfen des Schwarzen Meeres war nicht geeignet, auf unsern Markt verflauend einzuwirken, der wohl aus Anlaß fester westlicher Berichte in ebenfalls fester Haltung für alle Artikel verkehrte. Weizen loco bei kleiner Zufuhr gut behauptet. Termine, wenig umgesetzt, stellten sich bei fester Stimmung etwas höher. — Roggen loco schwache Zufuhr, die sich zu festen Preisen schlank räumte. Termine waren von Commissionären von russischer Seite acceptirt. Die dadurch hervorgerufene Deckungsfrage befestigte anfänglich die Course, als aber sich das Angebot williger zeigte, ging der Avance wieder verloren und war der Schluß wie gestern. — In Rüböl kamen die wenigen Umsätze bei fester Stimmung zu etwas besseren Preisen zu Stande. — Spiritus hatte die meiste Beachtung; nicht nur die Loco-Zufuhr fand zu besseren Preisen rasch Aufnahme, auch Termine wurden für Süddeutschland und in Deckung für Posener Rechnung gehandelt und besser bezahlt. — Petroleum loco etwas besser, Termine matt trotz besserer Notiz von Amerika. — Roggenmehl behauptet. — Weizen pr. 1000 Kilo, gekünd. — Ctr., Kündigungspreis — M., loco 185—225 M nach Qualität, abfallend gelb russischer 194 M ab Bahn bez., pr. Febr. — M bz., pr. April-Mai 204—204½ M bz., pr. Mai-Juni 206½ M bez., pr. Juni-Juli 208½ M bez., pr. Juli-Aug. — M bez. — Roggen pr. 1000 Kilo, gekünd. — Ctr., Kündigungspreis — M., loco 134—150 M nach Qual., russ. 134—139 M ab Bahn bez., fein inländ. — M ab Bahn bez., inländischer 143—147 M ab Bahn bez., pr. Febr. 143½ M bez., pr. Februar-März 143½ M bezahlt, pr. April-Mai 145—144—144½ M bezahlt, pr. Mai-Juni 144 M bezahlt, pr. Juni-Juli 144 M bez. — Rüböl pr. 100 Kilo mit Faß, gekünd. — Ctr., Kündigungspreis — M., loco mit Faß 72,3 M, loco ohne Faß 70,8 M., pr. Febr 70,7 M., pr. Febr.-März 70,5 M., pr. April-Mai 70,5 M bez., pr. Mai-Juni 70,5 M., pr. Juni-Juli 69 M., pr. September-October 66,6 M — Spiritus pr. 10 000 L. mit Faß, gekündigt 30 000 Liter. Kündigungspreis 49,9 M., pr. Febr. 49,9 M bez., pr. Febr.-März 49,9 M bez., pr. April-Mai 51,5—51,7 M bez., pr. Mai-Juni 51,8—52 M bez., pr. Juni-Juli 52,6—52,8 M bezahlt, pr. Juli-August 53,6—53,8 M bez., pr. August-Septbr. 54,3—54,6 M bez., pr. Sept.-October — M. bez., loco o. Faß 50,5 M bez. — Petroleum pr. 100 Kilo mit Faß, gek. — Ctr., Kündigungspreis — M., loco 25,6 M bez., pr. Februar 25,3—25,2 M bez., pr. Febr.-März 25,3—25,2 M bez., pr. März-April — M bez., Sept.-October 26,9—27 M bez. — Oelsaaten pr. 1000 Kilo, Winter-Raps 310—330 M., Winter-Rübsen 310—325 M — Weizenmehl incl. Sack pr. 100 Kilo loco No. 00 30—28 M., No. 0 28—27 M., No. 0 und 1 26½—25½ M — Roggenmehl incl. Sack pr. 100 Kilo, gek. — Ctr., Kündigungspreis — M., loco No. 0 22½—20½ M., No. 0 und 1 20—18 M., pr. Februar 19,95 M bez., pr. Februar-März 19,95 M bez., pr. März-April 20 M bez., pr. April-Mai 20,10—20,05 M bez., pr. Mai-Juni 20,15 M bez., pr. Juni-Juli 20,20 M bez.

Frankfurt a. M., 4. Februar. (J. Harburger, Commissions- und Agenturen-Geschäft.) Wetter: Freundlich. Weizen hiesiger und Wetterauer 22½—23 M., ungarischer 23—23½ M — Roggen 17½—18 M., Gerste 17½—21 M — Hafer 14—16 M — Raps — Weizenmehl Nr. 00 35 M., Nr. 0 33 M., Nr. I. 30 M., Nr. II. 22 M., No. III. 19 M — Roggenmehl Nr. 0/1 Berliner Marke 22½—23½ M., No. II. do. 16 M — Das Geschäft war heute in allen Artikeln bei unveränderten Preisen höchst unbedeutend, da bei großer Zurückhaltung nur für den nöthigsten Bedarf gekauft wurde. Die Preise verstehen sich franco hier pr. 100 Kilo je nach Qualität.

Berliner Fondsbörse vom 5. Februar 1878.

Die heutige Börse trug eine ziemlich gedrückte Physiognomie und die Umsätze, in Zahl und Umfang auf das Engste begrenzt, vollzogen sich in schleppender Weise. Gegen Schluß der Börse trat aber plötzlich ein intensiver Stimmungswechsel ein und zwar auf das Bekanntwerden der Nachricht, daß unsere Regierung die durch den Grafen Karolyi überreichte Einladung zur Conferenz bereits angenommen habe. Der Verkehr erfuhr indeß keine wesentliche Zunahme. Die internationalen Speculationspapiere blieben durchweg unter dem gestrigen Niveau. Oesterreichische Creditactien und Franzosen bei kleinen Schwankungen etwas belebter, Lombarden ganz vernachlässigt. Die Oesterr. Nebenbahnen gingen nur sehr mäßig um, und es kam auf diesem Gebiete eine bestimmt ausgeprägte Tendenz nicht zum Ausdruck. Die Coursänderungen blieben ganz belanglos. Von den localen Speculationseffecten zeichneten sich Lauraactien durch festere Haltung aus, dieselben zogen auf schlesische Ordres im Course an. Disconto-Commandit-Antheile wurden nur sehr wenig gehandelt und ließen auch im Course nach. Der Verkehr in den fremdländischen Staatsanleihen war ein sehr eingeschränkter und fehlte es an jeglicher Kauflust, so daß die letzten Notirungen sich nicht behaupten konnten. Ungarische Goldrente nach Schluß 79,60 Gd. Auch Russische Werthe niedriger. Preußische Fonds fest und ziemlich lebhaft. Andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eisenbahnprioritäten zum Theil recht beliebt. Auswärtige Eisenbahnprioritäten zwar ebenfalls fest, aber sehr still. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte Realisationslust vor. Für leichte Bahnen zeigte sich eher Verkaufslust, die Haltung war demgemäß eine abgeschwächte. Bankactien sehr still. Industriepapiere ohne Leben.

† Zinsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl	4½	104,90
Pr. Staats-Anl.	4	95,60
Staats-Schuldsch.	3½	92,80
Pr. Präm.-A. 1855	3½	138
Deutsche Reichs-A.	4	95,60
Landsch. C.-Pfdbr.	4	95
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	83,60
do. do.	4	95,40
do. do.	4½	102,10
Pomm. Pfandbr.	3½	83,50
do. do.	4	95,10
do. do.	4½	101,90
Posensche neue do.	4	94,70
Westpreuß. Pfdbr.	3½	83,30
do. do.	4	95,60
do.	4½	101,25
do. II. Ser.	5	104
do. do.	4½	—
do. neue	4½	—
do. do.	4	93,20
do. do. II. S.	4½	101
Pomm. Rentenbr.	4	95,50
Posensche do.	4	95,50
Preußische do.	4	95,50
Bad. Pr.-A. 1867	4	121,70
Bayer. Präm.-A.	4	123,50
Braunsch. Pr.-A.	—	81,60
Cöln.-Md. Pr.-S.	3½	110,50
Hmbg. 50rtl. Loose	3	173,50
Lübecker Pr.-Anl.	3½	170,75
Oldenburg. Loose	3	137,50

Hypotheken-Pfandbr.

Unk. Pfd. Pr.H.-Bk.	5	94,30
Bod.Crd.Hyp.-Pfd.	5	101,75
Cent. Bd. Cr.-Pfdb.	5	101
do. do.	5	106,75
Kündb. do.	4½	100,25
Danz. Hyp.-Pfdbr.	5	—
Goth. Präm.-Pfd.	5	107,75
Pomm. Hyp.-Pfdb. II. u. IV. Em. rkz. 110	5	92
III. Em rkz. 100	5	85,25
Stett. Nat. Hyp.	5	91,50

Ausländische Fonds.

Oesterr. Goldrente	4	64,80
Oesterr. Pap.-Rente	4½	55,25
do. Silber-Rente	4½	57,75
do. Loose 1854	4	100,50
do. Cred.-L. v. 1858	—	296,20
do. Loose v. 1860	5	108,40
do. Loose v. 1864	—	262
Ungar. Eisenb.-An.	5	72,40
do. Gold-Rente	6	79,60
do. Loose		154,50
Russ.-Egl. Anl. 1822	5	84
do. do. Anl. 1859	3	—
do. do. Anl. 1862	5	84,60
do. do. von 1870	5	90
do. do. von 1871	5	85,50
do. do. von 1872	5	85,50
do. do. von 1873	5	85,40
do. Cons. Obl. 1875.	4½	79
do. 5% do. 1877.	5	85,50
Russ.-Stiegl. 5. Anl.	5	68,30
do. Stiegl. 6. Anl.	5	83,25
do. Präm.-A. 1864	5	166,50
do. do von 1866	5	168
Russ. Bod. Crd.-Pfd.	5	77,40
Russ. Central do.	5	79,25
Russ. Pol. Schatzobl.	4	79,25
Pol. Pfd. C.-R.	5	68
do. Liquidat.-Br.	4	59,80
Amerik. 6% Anl.	6	100,10
do. do. p. 1881	6	101,90
Newyork. Stadt-A.	7	107,40
do. Gold-A.	6	103,60
Italienische Rente	5	74,70
do. Tabaks-Act.	6	—
do. Tabaks-Obl.	6	—
Französische Rente	5	—
Raab-Graz.-A.	4	71,25
Rumänische Anleihe	8	95,50
Türk. Anl. v. 1865	5	9
Türk. 6% Anleihe	6	—
Türk. Eisenb.-Loose	3	26,80

Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prioritäts-Actien.

		Div. 1876
Aachen-Mastricht	20	1
Bergisch-Märk.	74,40	3¾
Berlin-Anhalt	85,75	6
Berlin-Dresden	11,75	0
Berlin-Görlitz	15	0
do. St.-Pr.	30,10	0
Berlin-Hamburg	169	11
Berlin. Nordbahn	—	0
Berl.-Psd.-Magd.	78,40	3½
Berlin-Stettin	102,25	8 9/10
Bresl. Schw.-Fbg	61,75	5
Köln-Minden	89,90	5½
Crf. Kr.-Kempen	—	0
do. St.-Pr.	—	0
Halle-Soran-Gub.	15	0
do. St.-Pr.	36,75	0
Hannover-Altenbek	12,25	0
do. St.-Pr.	25,50	0
Märkisch-Posen	18,50	0
do. St.-Pr.	74,75	3¾
Magdeb.-Halberst.	106	8
do. B.	68,75	3½
do. C.	97,25	5
Mainz-Ludwigsh.	83,50	5
Münst.-Ensch. St.P.	—	0
Niederschl.-Märk.	97,25	4
Nordhausen-Erfurt	21	4
St.-Pr	38,50	1½
Oberschl. A. u. C.	123,50	9⅗
Lit. B.	115,50	9⅗
Ostpreuß. Südbahn	35,25	0
do. St.-Pr.	84,90	5
Rechte Oderuferb.	—	6⅖
do. St.-Pr.	106,75	6⅖
Rheinische	106,25	7½
Rhein-Nahe	10,40	0
Saal-Bahn	17,75	0
† Stargard-Posen	100,80	4½
Thüringer	114,90	9¼
Tilsit-Insterburg	19,90	0
do. St.-Pr.	—	4
Weimar-Gera gar.	37,75	2¼
do. St.-Pr.	17,25	0
Brest-Grajewo	42,90	0
Brest-Kiew	60,40	0
Galizier	105,90	7
Gotthardbahn	43,75	0
† Kronpr. Rud.-B.	50,40	5
Lüttich-Limburg	18,50	0
Oester.-Franz. St.	—	5⅖
† do. Nordwestb.	191	5
do. Lit B.	84	
† Reichenb.-P. [illegible]	89	4½
Rumänier	24,70	0
do. St.-Pr.	73	8
† Russ. Staatsb.	117,75	6,95
Südösterr. Lomb.	—	0
Schweiz. Unionb.	7,60	0
do. Westb.	18,60	⅗
Warschau-Wien	163	6⅖

Ausländische Prioritäts-Obligationen.

Gotthard-Bahn	5	49,25
† Kaschau-Oderbg.	5	63,40
† Kronpr. Rud.-B.	5	67
† Oest.-Fr. Staatsb.	3	328,60
† Südöst. B. Lomb.	3	240
† Südöst. 5% Oblg.	5	81,50
† Oester. Nordwestb.	5	74,75
do. do. Elbethal	5	66
† Ungar. Nordostb.	5	58
† Ungar. Ostbahn	5	56,75
Brest-Grajewo	5	75
† Chark.-Azow rtl.	5	87,75
† Kursk-Charkow	5	87,25
† Kursk-Kiew	5	93,25
† Mosco-Rjäsan	5	98,25
† Mosco-Smolensk	5	87,50
Rybinsk Bologoye	5	83,75
† Rjäsan-Kozlow	5	94,50
† Warschau-Teresp.	5	87

Bank- und Industrieactien.

		Div. 1876
Berliner Bank	10	0
Berl. Bankverein	89	0
Berl. Cassen-Ver.	147,50	10⅞
Berl. Com. (Sec.)	75	2½
Berl. Handels-G.	72,70	0
Berl. Wechslerbk.	—	0
Bresl. Discontob.	63	4
Centrlb. f. Bauten	4,80	0
Ctrb. f. Ind. u. Hnd	69,50	0
Danz. Bankver. A	27	0
Danziger Privatb.	103,50	7
Darmst. Bank	109,60	6
Deutsche Genoss.-B	90	5⅝
Deutsche Bank	91	8
Dtsch. Eff. u. W.	108,10	7
Deutsche Reichs-Bk	155,90	6⅛
Deutsche Unionsb.	14,50	0
Disc.-Command.	119	4
Gew.-Br. Schuster	—	0
Int. Handelsges.	—	0
Königsb. Ver.-B.	84	5⅛
Meining. Creditb.	73,10	2
Norddeutsche Bank	137,25	8
Oest. Credit.-Anst.	—	1¼
Prß. Boden-Cred.	96	8
Pr. Cent. Bd.-Cr.	116,75	9½
Preuß. Crd.-Anst.	—	0
Pom. Rittersch.-B.	1,60	9
Schaffhaus. Bnkv.	53,10	0
Schles. Bankverein	79,50	5
Stett. Maklerbank	94	0
Ver.-Bk. Quistorp	0,20	0
Actien d. Colonia	6225	55
Leipz. Feuer-V.	8370	96
Bauverein Passage	17	1
Berl. Bau-V.-Bk.	106	
Brl. Centralstraße	17,50	0
Deutsche Bauges.	59,50	0
do. Eisnb.-B.-G.	6	—
do. Reichs-Cont.	67,90	0
A. B. Omnibusg.	91,75	7
Str. F. f. Baumat.	—	⅔
Berl. Pap.-Fabr.	—	0
Wöhlert Maschinf.	8,90	0
Westend-Gesellsch.	0,50	
Baltischer Lloyd	—	
Königsbg. Vulkan	3,75	
Wilhelmshütte	—	0
Obrschl. Eisnb.-B.	33	0

Berg- u. Hütten-Gesellsch.

		Div. 1877
Dortm. Union Bgb.	7,50	0
Königs- u. Laurah.	77	2
Stollberg, Zink	16,75	—
do. St.-Pr.	75,50	—
Victoria-Hütte	8,75	—

Wechsel-Cours v. 5. Febr.

Amsterdam	8 Tg.	3	168,70
do.	2 Mn.	3	167,85
London	8 Tg.	3	20,37
do.	3 Mn.	3	20,315
Paris	8 Tg.	2	81,10
Belg. Bankpl.	8 Tg.	2½	81,05
do.	2 Mn.	2½	80,80
Wien	8 Tg.	4½	171,35
do.	2 Mn.	4½	170,15
Petersburg	3 Wch.	5½	222,90
do.	3 Mn.	5½	222,60
Warschau	8 Tg.	5½	223

Sorten.

Dukaten	—
Sovereigns	—
20-Francs-St.	16,22
Imperials pr. 500 Gr.	—
Dollar	4,185
Fremde Banknoten	—
Franz. Banknoten	81,15
Oesterreichische Bankn.	171,65
do. Silbergulden	177
Russische Banknoten	223,50

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.